

RUPRECHT-KARLS-UNIVERSITÄT HEIDELBERG
INSTITUT FÜR SOZIOLOGIE

BETREUENDER DOZENT: PROF. DR. JÜRGEN KOHL

DANIEL BELLING

*Funktionalistische Erklärungen des
Wohlfahrtsstaates unter Berücksichtigung
der Globalisierung*

- BACHELORARBEIT -

Abgabetermin:
26.06.2010

Daniel Belling
Matrikelnr. 2679565
Studiengang Soziologie

Hönigstraße 2a
69493 Hirschberg/Bergstraße
belling@woodle-web.de

Inhalt

Einleitung	1
1. Der Wohlfahrtsstaat – Annäherung an den Gegenstand	4
2. Funktionale Erklärungsmodelle	8
2.1 Sozioökonomische Modelle.....	9
2.2 ... im Kontext der Moderne	15
1.1 Logik des Kapitalismus.....	16
2.3 Zusammenfassung.....	21
3. Globalisierung – Herausforderung des 21.Jahrhunderts	21
3.1 Segensreiche Zeiten	22
3.2 Die Logik der Globalisierung	25
3.3 Der Wohlfahrtsstaat in seiner größten Krise?.....	28
3.4 Aussichten – internationale Lösungen für eine neue Stabilität?	34
4. Schlussbemerkungen	35
Anhang	40
Literatur	41

Einleitung

Ohne jeden Zweifel ist eine wesentliche Frage der Sozialwissenschaften, auf welche Weise die Menschen es schaffen, die knappen Güter zur Erhaltung ihres Daseins untereinander aufzuteilen und dabei ein friedliches Zusammenleben gewährleisten können. Für die Ökonomie ist von Belang, wie Güter produziert und an die Konsumenten gebracht werden, während die Politikwissenschaft die Bedingungen der kollektiven Entscheidungsfindung benennen möchte. Die Soziologie reicht in ihrem Anliegen darüber hinaus, indem sie nach der Bedingung der Möglichkeit jeglichen Handelns im Kollektiv und jeglicher Kompromissfindung sucht.

Erst das Zusammenleben der Menschen führt zu den für die Nachbardisziplinen relevanten Fragen. Handel im ökonomischen Sinn, die auf die Mitglieder eines Kollektivs verteilte Produktion, besonders aber die Muster der Verteilung jener Produkte – dies alles ist nur in einer Gesellschaft denkbar. Ebenso verhält es sich mit der Politik, die ihren Gegenstand in dem Moment verliert, wo ein einsamer Robinson Crusoe nicht um Mehrheiten für seine Ideen bangen muss.

In dieser Weise ist es zu verstehen, wenn an dieser Stelle der Begriff der *Versorgung* als genuin *soziologischer* Terminus eingeführt werden soll. Man kennt zwar den (literarischen) Fall des Robinsons, der sich selbst mehr schlecht als recht mit Nahrung *versorgen* konnte. Schlichtweg gängiger ist es aber, die Versorgung jedes Einzelnen als ein kollektives Anliegen anzusehen. Selbstverständlich kann unter einem Kollektiv die kleine Einheit der Familie, des Clans oder des Dorfes ebenso wie die größte Einheit der Gesamtgesellschaft (gar Weltgesellschaft) benannt werden – dies ändert nichts an der Tatsache, dass die Versorgung als primäres Bedürfnis nicht durch ein einzelnes Individuum gewährleistet werden kann.

Damit ist ein weiterer zentraler Begriff genannt: die *Gewährleistung* als eine auf Dauer gestellte, berechenbare Zufuhr mit lebenswichtigen Gütern. Sie verweist auf eine stabile soziale Ordnung, die genau dies garantieren kann. Nun muss diese Ordnung, um stabil zu sein, ein Netz von Regeln, Normen und Wertorientierungen beinhalten, die von ihren Mitgliedern akzeptiert werden. Gerade wo es um die Mechanismen der Versorgung geht, steht und fällt die Legitimation einer solchen Ordnung mit ihrer Fähigkeit, allen Gesellschaftsmitgliedern ihren gerechten Teil zukommen zu lassen.

Was gerecht ist, basiert seinerseits auf einer sozialen Aushandlung, zumal die Frage nach dem gerechten Anteil in modernen Gesellschaften viel akuter zu sein scheint, als sie es noch vor ein paar hundert Jahren war. Statt unhinterfragt aufgrund der Verwandtschaft die Güter gleichmäßig zu verteilen, trägt die Definition des „gerechten Teils“ mit dem Emporkommen der Marktwirtschaft und des Wohlfahrtsstaates heute eher einen Charakter zwischen universaler Solidarität und instrumenteller Regulierung, in einer andauernden Debatte um die richtige Verortung des Gerechtigkeitsbegriffs im Dreieck aus Anspruch, Leistung und Bedürfnis.

Ziel der vorliegenden Arbeit ist es aber nicht, diese Diskussion fortzuführen, sondern die Erklärung dafür zu finden, weshalb es überhaupt zu einer Institutionalisierung der sozialen Sicherheit in Form des Wohlfahrtsstaates kam. Die theoretische Perspektive, die zu der Erklärung beitragen soll, ist eine makrosoziologische. Bei dieser Herangehensweise soll in der Ausdifferenzierung der gesellschaftlichen Teilsysteme, besonders zwischen dem ökonomischen, dem politischen und dem Teilsystem der sozialen Gemeinschaft (worunter auch die Familie fällt), bestimmte Gefährdungen für die Versorgung von Gesellschaftsmitgliedern erkannt werden, dessen Lösungen den Wohlfahrtsstaat vonnöten machen.

Der Autor möchte, bevor auf den wesentlichen Inhalt der Arbeit eingegangen werden soll, eine Definition der Hauptaufgaben des Wohlfahrtsstaates und der Bereiche, in denen wohlfahrtsstaatliche Politik zu finden ist, vornehmen. Seiner Ansicht nach ist schon hier unerlässlich auf die historischen Entstehungsbedingungen einzugehen und die Industrialisierung als folgenreichen Umbruch kenntlich zu machen. Der erste Teil soll einen ersten Eindruck darüber geben, wie ein geschichtlicher Zusammenhang zwischen den Ursprüngen des Wohlfahrtsstaates und seinen Aufgaben, die er auch heute noch wahrnimmt, herzustellen ist.

Im zweiten Teil der Arbeit geht es schließlich um eine Systematisierung des Stoffes durch funktionalistische Erklärungsmodelle, wobei der Begriff des Funktionalismus weit gefasst wird. Der Autor entschied sich für die Zuordnung der dann aufgeführten Ansätze in drei große grundlegende Strömungen: die Sozioökonomische Schule nimmt ihren Ausgangspunkt in der Industrialisierung und verweist auf Defizite, deren Entstehung wesentlich mit der Etablierung des Marktes einhergehen. Die Modernisierungstheorie ist ebenso vertreten, wobei hiermit veranschaulicht werden soll, dass man neben der

ökonomischen Entwicklung auch die politische Entwicklung der Nationalstaaten zu den Entstehungsbedingungen des Wohlfahrtsstaates einbeziehen kann; die (Neo-) Marxistische Schule wiederum ist der Sozioökonomischen zwar ähnlich, begreift aber den Wohlfahrtsstaat als wesentliche Stütze und damit notwendiges Element zur Erhaltung des Kapitalismus.

Der dritte Teil soll einen aktuellen Bezug zur gegenwärtigen Lage des Wohlfahrtsstaates im Zeitalter der Globalisierung herstellen. Noch gibt es kaum Literatur, die die Implikationen der Globalisierung auf wohlfahrtsstaatliche Tätigkeiten benennt, geschweige denn dies in einer funktionalistischen Deutung tut. So gilt es hier, auf der Grundlage einer *Logik* der Globalisierung, diesen neuen Prozess in einen funktionalen Untersuchungsrahmen einzuspannen und mögliche funktionale Defizite aufzuzeigen. Wo es möglich ist, sollen die wesentlichen Prägungen der im ersten Teil vorgestellten Schulen mit in dieses Modell einbezogen werden. Ein kurzer Abriss über mögliche Lösungen der „globalen Frage“ komplettiert diesen Abschnitt.

In den Schlussbemerkungen werden abschließend die Erklärungslogiken der drei Schulen aufgegriffen und die blinden Flecke der Ansätze und des Funktionalismus insgesamt aufgezeigt. Ein Hauptkritikpunkt wird dabei die Tatsache spielen, dass ein historischer Blick zur Erklärung vergangener Entwicklungen wenig Raum für eine Betrachtung der Trägergruppen des sozialen Wandels lässt und zudem eine teleologische Perspektive nicht ganz von der Hand zu weisen ist. Des Weiteren untermauert diese Perspektive häufig implizit eine Konvergenzthese bezüglich der Wirtschafts- und Wohlfahrtsstaatsmodelle.

Zur besseren Lektüre noch ein Hinweis: Für die Behandlung der neomarxistischen Schule war es unumgänglich, auch Karl Marx selbst zu zitieren: Die Quellangaben tragen hierdurch die geläufige Kennung *MEW* (für Marx-Engels-Werke), dahinter der entsprechende Band, dann die Seitenzahl. So steht bspw. (MEW 4: 459) für den 4. Band der Marx-Engels-Werke und die Seite 459. Die genauen Literaturhinweise sind am Ende der Arbeit angegeben.

1. Der Wohlfahrtsstaat – Annäherung an den Gegenstand

"No society can surely be flourishing and happy, of which the far greater part of the members are poor and miserable."

*Adam Smith*¹

In der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts traten die weitreichenden gesellschaftlichen Auswirkungen der Industrialisierung immer deutlicher hervor. In weiten Teilen der ärmeren Bevölkerung machten sich Not und Elend infolge einer raschen Loslösung von alten Lebensgewohnheiten und dem Angewiesensein auf den Verkauf ihrer Arbeitskraft an industrielle Fabrikbesitzer bemerkbar. Die vielen Entwicklungslinien, die zur Entstehung des modernen Kapitalismus führten, sind aus dem Emporkommen des modernen Berufsmenschentums (in der „Protestantischen Ethik“ Max Webers, 1920), des Weiteren aus dem Auseinanderfallen von Produktionsmittel und Arbeitskraft und der Trennung von privatem Haushalt und Betrieb (bei Karl Marx z.B. in der „Deutschen Ideologie“, 1846) aber auch aus der Überwindung der institutionellen Verbundenheit von politischer und ökonomischer Sphäre (Polanyi 1977: 97 ff.) erklärt worden. Auch die sozialen Folgen dieses gewaltigen Umbruchs wurden ausgiebig analysiert und fanden Eingang in die Geschichtsbücher. Lösungen auf die „Soziale Frage“ erhoffte man sich nicht zuletzt von einer neuen wissenschaftlichen Disziplin, die man fortan unter dem Namen „Soziologie“ kannte.

Über viele Jahrhunderte lebten die Menschen in sich wenig wandelnden sozialen Umwelten zusammen. Mit der Industrialisierung änderte sich dies rapide: Die Dynamik der soziokulturellen Wandlungsprozesse nahm dramatisch zu und führte zu einer Neuorganisation der räumlichen wie auch der sozialen Ordnung. Bisher vorherrschende familiäre Strukturen lösten sich größtenteils auf, die Menschen zogen massenweise in die Städte und rangen um Arbeit in den neuen Fabriken, in denen sie unter schlechten Bedingungen und zu geringen Löhnen beschäftigt wurden. Schnell wurde von Seite der Arbeiterschaft (die ihre Interessen in neu gegründeten Arbeitervereinen artikulierten) die Forderung nach einer politischen Antwort auf die Wohnungsnot, die miserablen Arbeitsverhältnisse und dem Leben am Rande der totalen Armut laut – allgemein nach

¹ Adam Smith, 1776: An Inquiry into the Nature and Causes of the Wealth of Nations. 1.Band, 8.Kapitel. S.35.

einer rechtlichen und politischen Gleichstellung der Arbeiter mit den Fabrikeigentümern (vgl. Görtemaker 1996).

Es wäre aber zu kurz gegriffen, die Industrialisierung allein an den objektiven Problemlagen in den Städten festzumachen ohne sie in einen allgemeinen entwicklungsgeschichtlichen Zusammenhang zu setzen: in den der Modernisierung. Die neue kapitalistische Industriegesellschaft zeichnet sich durch eine Überwindung traditioneller Verhaltensmuster und einer Ausdifferenzierung einzelner gesellschaftlicher Teilbereiche aus. So ist der für die Menschen der damaligen Zeit krisenhaft wahrgenommene Verlust ihrer gewohnheitsmäßigen Lebensweisen und das Zurechtfinden in neuen sozialen Kontexten ein weiteres Moment, dessen Abmilderung als eine politische Herausforderung gefasst werden konnte.

Bisherige Politik trat aber vorwiegend als Wirtschafts- und Sicherheitspolitik hervor - eine Ergänzung um ein neues Politikfeld, in der der Staat sich um das Wohlergehen der breiten Masse kümmert, wurde zunehmend dringlicher: Anders als Adam Smiths Annahme, durch sich selbstregulierende Märkte und dadurch gesteigerte Produktivität könne man jedes Gesellschaftsmitglied besserstellen, bedeuteten die neuen Entwicklungen zwar einen unglaublichen Wohlstandsschub, doch führten sie zugleich „zu neuen Strukturen der Ungleichheit, die im Wesentlichen an Besitz und Nicht-Besitz von Produktionsmitteln“ (Kaufmann 1991: 14) festgemacht werden konnten.

Seit den Anfängen der Sozialpolitik sucht man nach Erklärungen ihrer Notwendigkeit. Dabei geht der Begriff „Wohlfahrtsstaat“ auf das Jahr 1876 und seinen Schöpfer Adolph Wagner zurück. Später wurde er verwendet, um die Gesamtheit sozialpolitischer Maßnahmen in der Weimarer Republik zu fassen. Auch in der Bundesrepublik ist dieser Terminus noch in Gebrauch – wenn auch seinem Zwillingbruder „Sozialstaat“ inzwischen Verfassungsrang zuerkannt wurde. Bei den unzähligen Einführungswerken in die Thematik findet sich zumeist schon im einleitenden Kapitel der Hinweis, dass diese beiden Termini sich inhaltlich zu nahe stehen, als dass man sie nicht synonym verwenden könne.²

² Eine Ausnahme bildet hier Lessenich, der dezidiert den Sozialstaat als „institutionelle Architektur und ‚technische‘ Infrastruktur“ (Lessenich 2008: 22) vom auf die sozialen Effekte abzielenden Wohlfahrtsstaat unterschieden wissen möchte. Da es diese begriffliche wie inhaltliche

Was aber sind genau sozialstaatliche Tätigkeiten, wodurch zeichnen sie sich aus? Leider kann eine Antwort, soll sie zumindest den wissenschaftlichen Ansprüchen an einen klar umrissenen Gegenstand der Untersuchung genügen, nicht eindeutig gegeben werden. Die Suche richtet sich deshalb stets nach einer operativen Definition und kann somit je nach Absicht in unterschiedlichem Grade zweckmäßig sein. In seinen Diskursen über Staatsaufgaben versucht sich bspw. Kaufmann (1991) an einer Klassifizierung, die den Sozialstaat durch die an ihn herangetragenen Problemlösungserwartungen vom Polizeistaat, dem Rechtsstaat und dem Steuerungsstaat trennt. Dieser Ansatz ist insofern soziologisch relevant, als er keine grobe Zuordnung bereits existierender politischer Maßnahmen in festgefügte Typologien oder an die vom Grundgesetz vordefinierten Pflichten staatlichen Handelns vornimmt (dies wäre Sache der Politikwissenschaft), sondern die vier Staatsaufgaben als Reaktion auf sozial relevante Problemstellungen an die Gesellschaftsentwicklung rückbindet.

Die Anforderungen an Sozialpolitik entspringen demnach den Problemen der Zeit, somit obliegt es dem Wohlfahrtsstaat eine neue soziale Ordnung zu schaffen, indem institutionalisierte Lösungsmechanismen eine Absicherung der Gesellschaftsmitglieder sicherstellen. Im Anschluss an Kaufmann sieht Ganßmann (2009: 29ff.) diese *Gewährleistung der sozialen Sicherheit* als Hauptanliegen des Wohlfahrtsstaates, konkreter geht es dabei um sachliche und monetäre Transfers, die „einmal gegen Armut, zum anderen zur Verstetigung von Einkommensflüssen über den Lebenszyklus hinweg, schließlich zur Herstellung von mehr Gleichheit der Lebenschancen an Individuen oder Familien“ (a.a.O.: 60) geleitet werden. Eine solche Definition ist politökonomischer Natur und betrachtet den Wohlfahrtsstaat „als zum Markt alternativen Mechanismus der Allokation von Ressourcen“ (a.a.O.: 49). Auf dieses Erklärungsmuster soll später noch einmal ausführlich eingegangen werden.

Wohlfahrtsproduktion als genuine Funktion enthält allerdings noch mehr als die geschilderte Gewährleistung der sozialen Sicherheit. Lessenich weist darauf hin, dass neben der Bekämpfung der absoluten Armut auch die „gesellschaftliche ‚Gleichheit‘ zum politischen und normativen Fluchtpunkt seiner [des Wohlfahrtsstaates, D.B.]

Unterscheidung aber ohnehin nur im Deutschen gibt (englisch: „welfare state“), werden hier fortan unter der Vokabel „Wohlfahrtsstaat“ beide Dimensionen erfasst.

Intervention“ (Lessenich 2000: 62) wird. Demnach wird auch die *Angleichung der Lebensverhältnisse der Gesellschaftsmitglieder* mit einbezogen, welche in ihrer Intention über die bloße Gleichheit der Lebenschancen hinausgeht: relative Armut kann die Integration des Einzelnen in die Gemeinschaft gefährden, besonders weil eine Spaltung der Gesellschaft latent existierende Konflikte zum Ausbruch bringen kann. Somit muss durch die Verbesserung des rechtlichen Status, der Etablierung von Sozialen Rechten und einer Politik der Umverteilung Wohlfahrtsproduktion institutionalisiert werden.

Über die Wohlfahrtsproduktion hinausgehend kann der Wohlfahrtsstaat in einer systemtheoretischen Perspektive durch die Erfüllung dieser essentiellen Funktion als ein sich selbst regenerierendes System gesehen werden – dann wird der Wohlfahrtsstaat selbst zum Zweck seiner Tätigkeit. Indem er andere Teilbereiche von bestimmten Aufgaben entbindet, sorgt er für deren wachsende funktionale Autonomie, zugleich für eine größere Legitimation dieser Bereiche und Loyalität bei den Begünstigten (vgl. a.a.O.: 63). Ebenso befürchtet mancher Kritiker eine Expansion des Wohlfahrtsstaates und sieht seine Verankerung in sämtlichen gesellschaftlichen Teilbereichen und das Eingreifen in die Interaktionen als Gefährdung individueller Eigenständigkeit. Einer der am meisten umstrittenen Punkte der vergangenen - wie auch der aktuellen - Diskussion über Wohlfahrtsstaatlichkeit ist und bleibt die Frage, wo die Verantwortung des Wohlfahrtsstaats seine Grenzen hat (oder haben muss). Diese Diskussion aufzugreifen ist aber nicht das Ziel der vorliegenden Arbeit.

Hingegen sollen für die folgende Darstellung der funktionalen Erklärungsmodelle die erstgenannten Zielsetzungen im Zentrum des Interesses stehen. Um es vorweg zu nehmen: trotz verschiedener Ansätze sind sich die Vertreter dieser funktionalen Ansätze einig, dass in einer historischen Umbruchphase bestimmte Aspekte des sozialen Zusammenlebens defizitär wurden. Die Verschiedenartigkeit der Ansätze zeigt sich dann aber in der Auswahl jener historischen Umbrüche als Ursachen. Wie oben angesprochen kann der Ausgangspunkt in der Industriellen Revolution, im übergreifenden Prozess der Modernisierung oder in der Etablierung des Kapitalismus als universales System gefunden werden. Mit Lessenich (a.a.O.: 43f.) werden in Folge funktionale Modelle, die den Ausgangspunkt der Industrialisierung und Modernisierung wählen, von solchen unterschieden, die (eher analytisch denn historisch) in der Logik

des Kapitalismus die Notwendigkeit für die Entstehung des Wohlfahrtsstaates erkennen.³

2. Funktionale Erklärungsmodelle

Während man die Beschreibung der Logik des Kapitalismus eindeutig einer marxistischen Tradition anheften kann, sind die ersteren Ansätze allerdings weniger eindeutig zu fassen. So stellt Alber diese pluralistischen Modelle, die von einem Funktionsverlust traditioneller Sicherungsformen ausgehen, in die Tradition Durkheims (Alber 1987: 76), was hinsichtlich der Hervorhebung kollektiver Merkmale noch am ehesten nachvollziehbar ist. Der Hinweis auf Talcott Parsons als dem bedeutendsten Systemtheoretiker (den man gewiss in die Tradition Durkheims stellen kann) scheint dagegen angebracht: Da aus der Ausdifferenzierung gesellschaftlicher Teilsysteme⁴ – namentlich des politischen und des ökonomischen Systems – und im Zuge der Transformationen innerhalb des ökonomischen Systems die äußeren Umwelt der sozialen Gemeinschaft ändert, müssen neue Adaptionisleistungen das entstandene Funktionsvakuum auffüllen (vgl. Jones 1985: 44). Was in der Sprache der Systemtheorie so komplex klingen mag, lässt sich dennoch an die bereits bekannten Begriffe rückbinden. Man kann erkennen, dass es sich bei der Ausdifferenzierung um eine Wesenseigenschaft der Modernisierung, bei den Veränderungen innerhalb des ökonomischen Systems um die Industrialisierung handelt.

Welche Instanz diese Adaptionisleistungen erbringen kann liegt auf der Hand. Neben der Integration der Mitglieder in die soziale Gemeinschaft besitzt sozialstaatliche Politik nach Jones (ebd.) nämlich ebenso das Potential zur Problemlösung, indem sie auf die sozialstrukturellen Bedingungen adäquat reagieren kann. Daneben unterstützt sie durch die Regeneration und Förderung der „Arbeitskraft“ (der human resources) und der Entbindung von sozialen Mehrkosten (durch andere Ansprüche und Bedürfnisse, vgl. hierzu Lessenich 2000: 25) das ökonomische System in der Zielerreichung. Zu guter Letzt wird das kulturelle System dank der vorsorgenden Leistung der Sozialpolitik im

³ Wissenschaftstheoretisch werden defizitäre Phänomene somit von ersteren als „dysfunktional“ und von letzterer als „antithetisch“ angesehen.

⁴ Die Subsysteme und Funktionen gehen hier auf das AGIL-Paradigma von Parsons zurück (einen Überblick verschafft Morel et al. 1993: 157ff.).

Bereich der Bildung und Erziehung in seiner Werte bildenden und Sinn stiftenden Funktion unterstützt.

Nun ist der Punkt erreicht, an dem der Wohlfahrtsstaat erstmals in Abhängigkeit der Prozesse von Modernisierung und Industrialisierung hergeleitet werden konnte. Es fehlen allerdings noch konkrete inhaltliche Begründungen für die Entstehung des Funktionsvakuums - sozusagen als Bedingung der Möglichkeit wohlfahrtsstaatlicher Intervention. Hieran setzen sozioökonomische Erklärungsmodelle an.

2.1 Sozioökonomische Modelle

Ein Sozialwissenschaftler, der sich schon früh mit dem Zusammenhang von sozialen Beziehungen und Wirtschaftssystemen auseinandergesetzt hat, ist der gebürtige Wiener KARL POLANYI. In seinem Hauptwerk „The Great Transformation“ (Polanyi 1977) legt er historisch dar, wie die moderne Marktwirtschaft aus dem Schoße der Sozialbeziehungen seit dem Mittelalter heranreifte – anders als Weber fokussiert er dabei allerdings stärker den institutionellen Wandel. Worauf es aber in diesem Werk ankommen soll sind seine drei analytischen Kategorien, die Ganßmann als „Hauptadressaten für soziale Sicherheitsansprüche“ (Ganßmann 2009: 36) und hier im Folgenden als „Versorgungsinstanzen“ bezeichnet werden.

Die erste Instanz stellt die Familie bzw. die lokale Gemeinschaft dar, in der die Güter nach dem Prinzip der Reziprozität ausgetauscht werden. Im ursprünglichen Sinne diente dieses Prinzip der Sicherung der Produktion und Familienerhaltung (vgl. Polanyi 1977: 70f.) und ging routinemäßig als symmetrischer Tauschakt zwischen den Akteuren vorstatten. Dennoch ist hier „nicht die Tendenz zum Tauschhandel [...] vorherrschend, sondern die Reziprozität sozialen Verhaltens“ (a.a.O.: 74, Hervorhebung D.B.). Ein Tauschhandel, wie er uns heute üblich erscheint entsteht nach Polanyi erst viel später mit der Etablierung des marktwirtschaftlichen Systems und ist gekennzeichnet durch die freie Preisbildung durch Angebot und Nachfrage (a.a.O.: 80f.). Dementsprechend kann als zweite Instanz der Markt angeführt werden.

In Ergänzung zu Reziprozität und Tauschhandel entdeckt Polanyi bei den frühen Völkern das Prinzip der Redistribution, bei dem durch eine zentrale Einrichtung Güter aufbewahrt und in einem Festakt an die Stammesmitglieder verteilt werden (a.a.O.: 71). Selbstverständlich ist dabei keinerlei ökonomische Motivation, sondern eine starke

kollektive Zugehörigkeit erkennbar. Nach welchem Muster die angehäuften Güter verteilt werden, ob jeder gleichviel bekommt oder durch bewusste Ungleichverteilung eine Schichtung beibehalten werden soll, diese Entscheidung trägt zumeist der Häuptling. In modernen Gesellschaften gibt es zwar keine Häuptlinge mehr, trotzdem findet dieses Prinzip der Redistribution in einem um einiges größeren Maßstab im Wohlfahrtsstaat seine Entsprechung.

Die Zuweisung der Prinzipien an jeweils eine Versorgungsinstanz ist an dieser Stelle idealtypisch gemeint und beschreibt den jeweiligen Basismechanismus von Familie und Wohlfahrtsstaat. Anders liegt die Sache im Falle des Marktes: „Die Marktform hingegen, die mit einer eigenen, spezifischen Zielsetzung verbunden ist, nämlich Austausch, Tauschhandel, ist imstande, eine spezifische Institution hervorzubringen: den Markt.“ (a.a.O.: 81). Um dies mit Adam Smith zu untermalen entsteht aus dem freien Spiel von Angebot und Nachfrage – durch die Wirkung der „Unsichtbaren Hand“ - eine Institution, die ausschließlich auf dem Prinzip des Tauschhandels basiert.⁵

Aktuelle Diskussionen in der Wohlfahrtsforschung kreisen verstärkt um die Frage der Unterschiede zwischen den Wohlfahrtsstaaten. Ein zentraler Beitrag stammt dabei von GØSTA ESPING-ANDERSEN (1998), der in seinen drei Welten des Wohlfahrtskapitalismus anhand der Grade der Marktabhängigkeit (Dekommodifizierung) und der gesellschaftlichen Schichtung (Stratifizierung) eine analytische Trennung vornimmt. Im Rahmen dieses Konzeptes stellen Familie, Markt und Staat die Eckpfeiler für eine empirische Betrachtung und Einordnung unterschiedlicher Wohlfahrtstypen dar (siehe auch Ganßmann 2009: 37) und verdeutlichen, dass es sich dabei stets um Mischtypen handelt. In den hier vorgestellten funktionalistischen Ansätzen dominiert dennoch die Redistribution als Basismechanismus die Versorgungsinstanz Wohlfahrtsstaat.

Für die Versorgungsinstanz Familie wurde eben als Basismechanismus das Prinzip der Reziprozität angeführt. Dieser Gedanke greift aber zu kurz, wenn man zur analytischen

⁵ Keineswegs darf dies so verstanden werden, dass der Markt damit schon eine stabile Ordnung sei. Zwar weisen die Vertreter eines Freihandelsliberalismus gerne auf die Selbstregulation des Marktes hin, jedoch liegt dem der Fehlschluss zugrunde, die logischen Modelle der klassischen Ökonomie seit Smith und Ricardo unverändert auf die Empirie anwenden zu können. Insofern leistet Polanyi einen frühen Beitrag zu den unzähligen Einschränkungen des selbstregulierenden Marktes (Aufschlussreich die Kapitel zur gestörten Selbstregulation und zu den Störfaktoren, a.a.O.: 253ff.).

Dimension eine historische Dimension anschließt. HANS ACHINGER hat dies in seinem Werk „Sozialpolitik als Wohlfahrtspolitik“ ausgeführt.

Reziprozität, so wie sie Polanyi bei Eingeborenenstämmen ausfindig machen konnte, wird wesentlich durch die symmetrische, d.h. „paarweise Gestaltung individueller Beziehungen“ (Polanyi 1977: 71) gestützt. Wenn man aber die Familie als Kollektiv begreifen möchte, sollte man besser ein weiteres Prinzip Polanyis heranziehen und von einer *oikonomía* (Haushaltung) als Produktion für den Eigenbedarf, der ganz ohne Tauschakte auskommt, sprechen (a.a.O.: 77). Dies ist der Ausgangspunkt der Betrachtung der Transformation von einer traditionellen zur modernen Gesellschaftsordnung bei Achinger (1979: 22ff.).

Der Clou ist nämlich, dass es in der bäuerlich-handwerklichen Welt vor der Industrialisierung keineswegs eine Differenzierung zwischen einzelnen Familienangehörigen gab. Weder eine Trennung von arbeitendem und verzehrendem Familienteil noch eine scharfe individuelle Zuordnung der Arbeitserträge waren zu beobachten, stattdessen gab es eine Art Haushaltspool, aus dem die Familie lebte. Wohlstand bemaß sich am Besitz an Land, Werkstatt oder Geschäft; kollektive Produktivität war mit kollektivem Familieneinkommen gleichgesetzt.

Dies änderte sich im 19. Jahrhundert mit dem Einsetzen der Binnenwanderung (a.a.O.: 15ff.). Die fehlgeschlagene Bauernbefreiung in Deutschland, wachsende Bevölkerungszahlen und der Verkauf von Höfen zur Rückzahlung von Schulden hatten eine verstärkte Wanderung vorwiegend jüngerer Jahrgänge in die Städte zur Konsequenz⁶. Herausgerissen aus dem familiären Zusammenhang mussten diese Menschen nun Arbeit in den Manufakturen (später in den Fabriken) finden. Diese Entwicklung schuf für die Betroffenen neue Risiken, da nun an die Stelle einer autarken Selbstversorgung der gesamten Familie die marktabhängige Versorgung des Einzelnen durch das Leistungslohnprinzip trat.

Erst in diesem Kontext – dem Verkauf der Arbeitskraft auf dem Markt zum Zwecke der Selbstversorgung – wird der gravierende Bruch zum traditionellen Familienhaushalt deutlich und es lässt sich von einer Individualisierung der Familienbeziehungen sprechen: Wohlstand meint nun das Vorhandensein eines individuellen Einkommens

⁶ Vgl. hierzu die Schilderungen bei Görtemaker (1996: 151ff.)

und die Trennung in einen „produktiven“ und konsumtiven Teil der Familie. Wahrlich meint produktiv hier nur den Ertrag der formalen Erwerbsarbeit, hingegen wird die Tätigkeit der Hausfrauen nicht honoriert. Diese Entwicklung führt uns damit erneut zu der Ansicht, dass in der Familie eine Form der Reziprozität zwischen ihren Mitgliedern gegeben ist, schließlich entsteht durch diese individuelle Zurechnung von Arbeitserträgen ein „höchst privates Teilungsproblem neuer Art, von dem der Milliardenaufwand der Sozialpolitik eines Tages ausgehen wird“ (a.a.O.: 26).

„Erst das individuelle Lohn Einkommen als die Hauptquelle aller Bedürfnisbefriedigung schafft, ganz unabhängig von seiner Höhe, für die, die davon ausgeschlossen sind, eine Gefahr der Deklassierung, die in der früheren Ordnung nicht gelegen war“ (a.a.O.: 29f.).⁷ Schließlich werden die alten überkommenen Normen fragwürdig und eine wachsende Unsicherheit trifft sowohl die lohnabhängig arbeitende Bevölkerung (die „Arbeiterfrage“ als Problematisierung der Arbeits- und Wohnbedingungen wird akut) als auch die vom Erwerbsleben ausgegrenzten Bevölkerungsteile. Nur sozialpolitische Maßnahmen können, so das Argument Achingers, zur Schaffung anderer Lebensformen beitragen und das Gefühl wirtschaftlicher Unsicherheit abmildern (ebd.). Neben den Arbeitsmarkt tritt damit notwendig wohlfahrtsstaatliche Politik als „Form einer zweiten Einkommensverteilung“, wobei hier private Lasten, wie die Versorgung der Alten und Kinder, aber auch der Invaliden und Arbeitslosen, zu öffentlichen Lasten transformiert und durch Redistribution unterstützt werden.

Ganz ähnlich argumentierten zuvor schon HAROLD L. WILENSKY und CHARLES N. LEBEAUX für den angloamerikanischen Raum. Auch sie setzen die Industrialisierung als Anstoß für die Wandlungen der Lebensumstände der Bevölkerung und explizieren dabei die frühen Einflüsse der Industrialisierung auf die Gesellschaft (Wilensky und Lebeaux 1965).

Unter die frühen Einflüsse wird das Emporkommen des Fabriksystems und seine gesteigerte Nachfrage nach Arbeitskräften gefasst (a.a.O.: 50ff.). Damit dieser Nachfrage begegnet werden konnte, musste die bisherige Landbevölkerung freigesetzt

⁷ Die Abhängigkeit vom Arbeitsmarkt schafft eine Lage, die auch bei Ganßmann in einer spieltheoretischen Modulation zu finden ist. Er spricht hier von den Erwerbstätigen als „Spielern“, die durch ihre Produktivität die „Nicht-Spieler“ (diejenigen, die nicht am Erwerbsleben partizipieren können) mitversorgen müssen (Ganßmann 2009: 66ff.).

werden. In England passierte dies durch die Einverleibung des Agrarlandes in größere, von Landlords geführte agrarische Einheiten, im kolonialisierten Südostasien durch die Erhebung von Pro-Kopf-Steuern – beides waren Zwangsmaßnahmen, die durch die Trennung der Landbevölkerung von ihrem Land und den Produktionsmitteln zu einem großen Angebot an Lohnarbeitern führte, beides bedingte den Zustrom von Menschen in urbane Gebiete.

Das Fabriksystem wird so nicht nur zum übermächtigen Gegenspieler des traditionellen, autarken Familienhaushalts, denn es setzt neue Akzente in der Lebensweise der Menschen. Es kommt zu vier zentralen Veränderungen (a.a.O.: 56): Erstens müssen die Lohnarbeiter einem durchstrukturierten Arbeitstag nachgehen und stets pünktlich sein (Disziplin). Zweitens sind sie durch Arbeitsverträge dem Besitzer der Produktionsmittel unterstellt und von seinem Wohlwollen abhängig (Unsicherheit). Drittens wandelt sich die Arbeit kontinuierlich durch die Einführung neuer Maschinen, so dass es zu einer permanenten Neuaneignung von Qualifikationen kommt (Spezialisierung). Und Viertens muss sich die Arbeitskraft damit abfinden, während ihres Arbeitslebens mehrmals umzuziehen, je nach veränderten Technologien und Arbeitsgelegenheiten (Mobilität).⁸

Wie es Achinger für Deutschland feststellte, führt diese Entwicklung auch in den angelsächsischen Staaten zu nachhaltigen Veränderungen in der Familienstruktur, genauer zu einem Übergang von einem breiten Verwandtschaftsnetz (der sog. erweiterten Familie) zu einer Kernfamilie aus Eltern und Kindern. Detailliert beschreiben Wilensky und Lebeaux, wie der Wegfall enger und lokalisierter verwandtschaftlicher Bindungen aus der Forderung nach Mobilität und der Etablierung neuer moderner Werte⁹ resultiert (a.a.O.: 72f.): Die Kernfamilie verspricht höhere Mobilität, da nur zwei Generationen umziehen müssen, jedoch kann in diesem kleinen Personenkreis nicht

⁸ „Industrialization represents a multi-front attack on tradition, an attack symbolized by the words ‚change‘ and ‚movement‘. (...) Everywhere advancing industrialization makes the worker dependent on the employer and the labor market (whose changing demands necessitate frequent job shifts), and the nature of his work changes with changing technology (which brings the dilution and obsolescence of skills)” (Wilensky und Lebeaux, 1965: 66).

⁹ Im Grunde sind diese modernen Werte nicht-ökonomische Faktoren, deren Emporkommen aber erst infolge der stark beschränkten Orientierungshilfe der durch die ökonomische Entwicklung erschütterten traditionellen Werte ermöglicht wird.

jeder ein Einkommen einbringen. Haben Kinder früher noch auf dem Hof zum kollektiven Familieneinkommen beigetragen, sind Kinder nun entweder eine Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt oder, wo Kinderarbeit verboten ist, eine Mehrbelastung für den Haushalt. So kommt es einerseits zu einem zunehmenden Geburtenrückgang, dazu nutzen mehr Frauen ihre neuen Möglichkeiten und bieten ihre Arbeitskraft auf dem Markt an. Ein Zweiteinkommen dient so der Unterstützung des Haushalts, allerdings bleibt die Rolle der „modernen“ Frau vorerst vage festgelegt, da der Haushalt nach wie vor ihre Domäne bleibt.

Schließlich sind auch Jugendliche und Ältere von der Aufweichung der Generationenbindungen betroffen (a.a.O.: 75ff.): Die Jugendlichen stehen vor vielen, fast zu vielen Möglichkeiten der Ausbildungs- und Berufswahl und misstrauen den Empfehlungen (und der Autorität) der Eltern schon allein deshalb, weil diese sich auf ihre eigene, längst obsolet gewordene Sozialisation berufen. Die ältere Generation büßt ebenso an Autorität und Kompetenz ein, denn auch sie kann keine wertvollen Hilfestellungen im Umgang mit der neuen sozialen Umwelt geben. Sie trifft es noch härter: Statt wie in der erweiterten Familie von der nachfolgenden Generation versorgt zu werden, bleiben ältere Menschen nun außen vor. Hier tut sich ein großes Problemfeld auf, denn mit dem Rückgang der Geburten und dem Älterwerden der Bevölkerung dank besserer medizinischer Leistungen stellt sich die Frage der Verteilung von wirtschaftlichen Gütern auf die Generationen erneut – jetzt auf staatlicher, nicht auf familiärer Ebene.

Wilensky und Lebeaux erblicken des Weiteren hier einen kausalen Zusammenhang zwischen dem ökonomischen Entwicklungsstand eines Landes und der Sozialleistungsquote¹⁰, der durch die Abnahme der Geburtenraten und die Zunahme der versorgungswilligen älteren Bevölkerung vermittelt wird (hierzu Schmidt und Ostheim 2007: 33). Der Wohlfahrtsstaat ist somit die politische Antwort auf einen andauernden Prozess, der in der ökonomischen Sphäre seinen Ursprung hat und dessen Auswirkungen auf das soziale Leben ein Versorgungsdefizit darstellen. Dies ist eine beachtliche sozioökonomische Erklärung, die nebenbei die unterschiedlichen Volumina der Wohlfahrtsstaaten in den Ländern durch das Einsetzen der

¹⁰ Der Anteil der Sozialausgaben eines Landes an seinem Bruttonationaleinkommen (der frühere Begriff Bruttosozialprodukt ist in der Literatur hingegen geläufiger).

Industrialisierung und das Alter der sozialen Sicherungssysteme herleitet: neue Bevölkerungskreise werden zur Klientel neuer Sozialprogramme (Wilensky und Lebeaux 1965: 169 ff.).

2.2 ... im Kontext der Moderne

Manchen Autoren erscheinen die Erklärungen Wilenskys und Lebeaux' zu schwach, denn schließlich sind Modernisierungsprozesse mehr als eine Konsequenz ökonomischer Wandlungen. Es bedarf einer politisch-kulturellen Ergänzung, die neben Problemen der Integration z.B. auch die Demokratisierung und die Herausbildung von Nationalstaaten in den Blick nimmt und über ein spezifisches Datum als Startpunkt der Veränderung hinausgeht.

Diese Leistung vollbringt HANS FLORA, indem er die sozioökonomische Entwicklung in Abhängigkeit des politischen Mobilisierungsgrades und unter Berücksichtigung der Theorie Stein Rokkans zur politischen Entwicklung beschreibt. Auch bei Flora stehen am Anfang die Entwicklungen der Industrialisierung und Urbanisierung, die auf dem Markt zu Problemen führen (Flora und Alber 1981: 41f.). Andererseits bedingen die Konzentration von Arbeitskraft und wachsende Kommunikationsmöglichkeiten einen Druck nach Veränderungen in Form der neuen Mobilisierbarkeit der Arbeiterschaft.

Diese beiden Momente, die noch durch weitere Faktoren wie Übernahme von Wohlfahrtsaufgaben durch Assoziationen einerseits, andererseits durch die Organisationsfähigkeit der Arbeiterschaft ergänzt werden, sorgen für einen Problemdruck auf die bürokratischen Nationalstaaten.

Die beiden wesentlichen Dimensionen (die sozioökonomische Entwicklung und die politische Mobilisierung) sind in diesem mehrdimensionalen Modell in weitere Momente aufgeschlüsselt (vgl. die Grafik, a.a.O.: 42), wobei deren Korrelation von Flora mit empirischem Datenmaterial gemessen wird. So wird beispielhaft deutlich, dass ein hoher Legitimierungsgrad von Sozialversicherungen nicht allein auf einem hohen Niveau der sozioökonomischen Entwicklung auffindbar ist (was man im Anschluss an Wilenskys Sozialausgaben hätte vermuten können), sondern ebenso auf einem geringen Niveau bei gleichzeitig starker politischer Mobilisierung (a.a.O.: 65f.).

Auf Stein Rokkan nimmt er dort Bezug, wo es um die bürokratischen Nationalstaaten geht, die eine politische Antwort auf den Druck seitens der Marktentwicklung und der mobilisierten Massen geben müssen. Sie sind in Form von Bürokratien aufgebaut, unterscheiden sich aber bspw. in der Staatsform und ihrem Entwicklungsniveau. Ob Unterschiede beim Umgang mit dem erzeugten Problemdruck zu finden sind, liegt so auch an der institutionellen Verfasstheit der Nationalstaaten (a.a.O.: 45ff.)

Floras Beitrag ist zweifellos eine Bereicherung der Erklärungsansätze über die Entstehung und Entwicklung von Wohlfahrtsstaaten. Inwieweit es einer ausgereiften Theorie entspricht bleibt fraglich, besonders durch die starke Einarbeitung von empirischem Material. Auch kann man sein multikausales Modell wahlweise als einen Ansatz ansehen, der die funktionale ebenso wie die Gruppenkonfliktperspektive integriert (dies tut Alber 1987: 84). Man kann aber gerade durch das Hantieren mit aggregierten Daten und den vielen Makrozusammenhängen in dem Modell von einem funktionalistischen Ansatz sprechen. Diese Sichtweise vertritt Lessenich (2000: 44). Sie eignet sich gut um deutlich zu machen, wie in ein umfangreiches Netz an makrokausalen Verknüpfungen das (aggregierte) Handeln von Akteuren und Gruppen eingearbeitet werden kann.

2.1 Logik des Kapitalismus

Andere Ansätze lehnen die bisher dargelegten Erklärungsmodelle nahezu vollständig ab. Es handelt sich hierbei um Theorien, die in der Tradition Karl Marx' davon ausgehen, dass sämtliche soziale Phänomene als gesellschaftlicher „Überbau“ von der ökonomischen Basis bestimmt werden. Zwar wäre es keineswegs falsch, diese Ansätze als sozioökonomische Zugänge zu sehen (in der Tat gehen auch hier die Erklärungen auf die historische Umbruchphase der Industrialisierung zurück), jedoch ist der Zugang historisch wie methodisch weitreichender.

Aus der Sichtweise der neomarxistischen Schule liegt die eigentliche Ursache der Notwendigkeit von Staatseingriffen in der dem System des Kapitalismus innewohnenden Tendenz, seinen eigentlichen Nährstoff (die Arbeitskraft)¹¹ aufzuzehren

¹¹ Dies nennt Marx den antagonistischen Charakter der kapitalistischen Akkumulation: „Die Akkumulation von Reichtum auf dem einen Pol ist also zugleich Akkumulation von Elend, Arbeitsqual,

und damit sich selbst zu gefährden. Ausgangspunkt ist die im ersten Band des Kapitals (MEW 23) eingeführte Arbeitswertlehre, in der der kapitalistische Produktionsprozess als „Einheit von Arbeitsprozeß und Verwertungsprozeß“ (a.a.O.: 211) die auf dem Markt erworbene Arbeitskraft zum Zwecke der Mehrwertproduktion einsetzt. Der Wert der Ware Arbeitskraft wird als Lohn entgolten, entspricht aber nicht dem Tauschwert der produzierten Ware – die Differenz, der Mehrwert, wird als neues Kapital wieder in den Produktionsprozess zurückgeführt. Die Absicht der Fabrikbesitzer ist es nun, den Anteil des variablen Teils des Kapitals (den Wert der Arbeitskraft) am Gesamtkapital abzusinken und so eine Erhöhung des Mehrwerts herbeizuführen.

So wird die Produktion des absoluten Mehrwerts als „Verlängerung des Arbeitstags über den Punkt hinaus, wo der Arbeiter nur ein Äquivalent für den Wert seiner Arbeitskraft produziert hätte“ (a.a.O.: 532) vorangetrieben. Sie stößt aber an ihre Grenzen: je länger der Arbeitstag wird, desto mehr gerät die Arbeitskraft an ihre „rein physischen Maximalschranken des Arbeitstags“ (a.a.O.: 280) und beseitigt damit, wie es WOLFGANG MÜLLER und CHRISTEL NEUSÜß beschreiben, auch „tendenziell die Quelle der Verwertung. Sie gerät also zu sich selbst in Widerspruch“ (Müller und Neusüß 1971: 48).

Dieses Grundwissen ist bedeutsam um die analytische Kehrtwende der marxistischen Erklärungslogik zu verstehen. Es geht hier nicht wie bei den bereits angesprochenen Theorien um die Feststellung eines funktionalen Defizits in der sozialen Gemeinschaft durch Veränderungen im ökonomischen System (die entstehende Unterversorgung der Alten, Kranken und Arbeitslosen etwa) und staatlichen Kompensation dieser Versorgungslücken durch die Beteiligung am Sozialprodukt. Die Frage nach Systemstabilität stellt sich nun mit Blick auf die kapitalistische Ökonomie – wenn man so will auf den Input an sozialen Ressourcen und Legitimation, anstelle des Outputs an Versorgung mit wirtschaftlichen Gütern, auch für die Personen jenseits des Erwerbslebens.¹² Und so muss der inhärente Widerspruch des Produktionssystems, die Kapitalakkumulation bei gleichzeitigem Verschleiß an Arbeitskraft, äußerlich gestützt

Sklaverei, Unwissenheit, Brutalisierung und moralischer Degradation auf dem Gegenpol, d.h. auf Seite der Klasse, die ihr eigenes Produkt als Kapital produziert“ (MEW 23: 675).

¹² Ein der Darstellung halber vereinfachtes Input-Output-Muster. Bei Ganßmann (2009: 67f.) findet sich eine ausführlichere Darstellung, die z.B. auch kulturelle Ressourcen und die Gewährleistung einer institutionellen „Infrastruktur“ mit einbezieht.

werden – der Staat übernimmt nach Müller und Neusüß als eine Art „ideeller Gesamtkapitalist“ (vgl. a.a.O.: 57) diese Funktion.

Jedoch sei dabei die Auffassung abzulehnen, der Staat sei als selbstständige Institution gegenüber der Ökonomie grundsätzlich befähigt, diese umfassend und bewusst zu regulieren (a.a.O.: 12). Stattdessen sind „die Schranken der sozialpolitischen Eingriffe des Staates (...) eng gezogen, und selbst die auf einer bestimmten historischen Entwicklungsstufe möglichen Eingriffe (...) werden im Allgemeinen erst nach langwierigen Auseinandersetzungen und angesichts tatsächlicher oder drohender Klassenkämpfe durchgeführt“ (a.a.O.: 55). Der Staat ist nur soweit von Nutzen, als er sich der Sozialpolitik als ein Instrument zur Übernahme der gesellschaftlichen Reproduktionskosten bedient, seine Schlüsselfunktion ist schließlich die Erhaltung der Mechanismen kapitalistischer Verwertung. Jede überflüssige, d.h. die Akkumulation des Kapitals verhindernde, Maßnahme muss somit unterbleiben.

CLAUS OFFE stellt in seinem frühen Werk „Strukturprobleme des kapitalistischen Staates“ fest, dass in den hochentwickelten Industriesystemen die gesellschaftlichen Reproduktionskosten schneller anwachsen als das Realeinkommen und damit von ihnen nicht mehr vollständig gedeckt werden können (Offe 1975: 156f.). Damit steht die Frage im Raum, wie es zum Anwachsen dieser Reproduktionskosten der Arbeitskraft (und damit dem Anwachsen des Werts der Ware Arbeitskraft) kommt. Die hochentwickelten Industrien, so die Argumentation Offes (ebd.), unterliegen einer ständigen Erneuerung und Verfeinerung der Produktionstechnik. Damit entstehen notwendig zur Vervollkommnung der Kenntnisse und Fertigkeiten der Arbeitskräfte Aus- und Fortbildungskosten, zudem müssen die Folgeprobleme der Urbanisierung (Wohn-, Transport- und Kommunikationssituation) und der psychischen und physischen Arbeitsbelastung kompensiert werden. Ein gewisses Maß an präventiven Maßnahmen für individuelle Risiken wie Arbeits- und Verkehrsunfälle, müsse zugeschlagen werden.¹³ Diese Vorsorge übernehmen im Wohlfahrtsstaat die Versicherungen, weitere

¹³ Schließlich gehört auch „die Aufwendung für die (meist sehr erbärmliche) Lebendigerhaltung der nicht mehr verwertbaren Arbeitskraft bis zu deren natürlichem Tod“ (Müller und Neusüß 1971: 52) zu dieser Kostenaufzählung. M.E. bleibt hier die Erklärung der anwachsenden Reproduktionskosten lückenhaft: Schließlich werfen die Personen, die nicht (mehr) am Arbeitsleben teilnehmen, keinen „Ertrag“ ab (es sei denn in geringem Maße als Konsumenten), weshalb die „Forderungen und Bedürfnisse (...) die über die einfache Reproduktion und Erhaltung [der] Arbeitskraft hinausgehen

Leistungen kommen als soziale Transfers den bereits Betroffenen direkt zu oder werden durch öffentliche Institutionen geschaffen (besonders durch das Bildungssystem). Somit übernimmt der Wohlfahrtsstaat die erwähnte Kostendifferenz zwischen Reproduktionskosten und Realeinkommen – im modernen Sprachgebrauch kann man von einem Outsourcing all jener Aspekte der Arbeitskraft, die dem eigentlichen Produktionsprozess (somit der unmittelbaren Schaffung von Mehrwert) fremd sind, sprechen.¹⁴

Unverkennbar existieren somit Wohlfahrtseffekte, die den Arbeiter (und nicht nur ihn) vor den Risiken des (Arbeits-)Lebens schützen und einen gewissen Grad an materieller Absicherung ermöglichen (wenn gleichfalls auch keine Quantensprünge gemacht werden können). Besonders die Sozialdemokratie und die Gewerkschaften sehen dies als einen Erfolg der Arbeiterklasse und ihrer reformistischen Politik. Weshalb sprechen sich marxistische Autoren dennoch gegen den Wohlfahrtsstaat aus?

Hauptsächlich verdecken wohlfahrtsstaatliche Leistungen die wahre Ursache aller Schwierigkeiten: die kapitalistische Produktionsweise. Der grundlegende Konflikt sei mit der Einführung dieser Leistungen nur verdeckt und sie seien eine bewusste Blendung durch die Unternehmerklasse. Zwar werden einerseits „die sozialpolitischen Funktionen des Staates überhaupt erst durch die wirklichen und drohenden Kämpfe der Arbeiter als Klasse durchgesetzt“ (Müller und Neusüß 1971: 55). Doch gehe es etwa bei tarifpolitischen Auseinandersetzungen um die Länge des Arbeitstages nicht in erster Linie um das Er kämpfen von Rechten am produzierten Wert in Form von höheren Arbeitslöhnen. Diese Suggestion werde bewusst von der Unternehmerklasse geschaffen und von Gewerkschaftsvertretern für wahr gehalten (vgl. a.a.O.: 25f.). Der

(...) keine Chance der politischen Durchsetzung haben, außer dort, wo sie [die vom Verlust der Arbeitskraft (potentiell) Betroffenen, D.B.] zu Mitteln individueller oder kollektiv-politischer Gewalt Zuflucht nehmen“ (Offe 1975: 158f.; Hervorhebung im Original). Auch dass die von Offe angesprochene Risikoprävention die Reproduktionskosten anwachsen lassen bleibt aus diesem Grund fraglich. So müsse entweder eine Knappheit im Nachschub an Arbeitskräften vom Arbeitsmarkt die präventive Versorgung nötig machen, alternativ hängen diese Kosten keineswegs mit dem Wert der Arbeitskraft als Ware zusammen, sondern werden aus einem anderen Kalkül (Legitimität der kapitalistischen Ordnung) erst jenseits des Marktes definiert.

¹⁴ Sollte diese Logik dem tatsächlichen Kalkül des Unternehmers entsprechen, wäre der Fordismus als betriebliche Organisationsform höchst ineffizient gewesen: Eine gesteigerte Arbeitsmoral durch eine Rundumversorgung der Arbeiterschaft wird dennoch selten als produktiv angesehen.

Lohn aber sei selbst das Übel, die Aneignung des Mehrwerts durch die Fabrikbesitzer schlechthin die Enteignung der Arbeiterschaft. Auch die Einführung arbeitsrechtlicher Maßnahmen (etwa Gesetze zur Sicherheit am Arbeitsplatz oder der Kündigungsschutz) und institutionalisierter Mitbestimmungsformen würden über diesen wesentlichen Charakter des kapitalistischen Produktionsprozesses hinwegtäuschen.

So habe der Wohlfahrtsstaat zwei Gesichter, den des Scheins und den des Seins: Oberflächlich scheint es, als sei er der Garant für die gerechte Verteilung des gesellschaftlichen Einkommens – wobei sich über das Thema Gerechtigkeit im Diskurs streiten lässt. Sicher sei aber, dass er den Menschen die Ungewissheit nimmt und sie vor extremer Armut, vor Hunger und vor Elend zu schützen weiß. Was der Wohlfahrtsstaat aber tatsächlich bezwecke, ist etwas anderes: Indem man dem Konflikt zwischen Arbeit und Kapital an Schärfe nimmt, trete eine gewollte Befriedung und die Legitimation der bestehenden kapitalistischen Ordnung ein. Indem sie die Klassengesellschaft stabilisieren muss, trüge die Sozialpolitik so auch „den Charakter einer die Produzenten entmündigenden Überwachung, Kontrolle bzw. ‚Fürsorge‘“ (a.a.O.: 60).

JAMES O'CONNOR spricht in diesem Zusammenhang von „sozialen Unkosten als „Vorhaben und Dienstleistungen, die erforderlich sind, um die soziale Harmonie zu erhalten – um die ‚Legitimationsfunktion des Staates zu erfüllen“ (O'Connor 1974: 17). Im gern genannten historischen Beispiel ist es Bismarck, der mit seiner Sozialgesetzgebung zu einer Abmilderung der negativen sozialen Folgen beitrug und damit den Sozialstaatsgegnern der Arbeiterbewegung den Wind aus den Segeln nahm. So kann ein und dieselbe sozialpolitische Maßnahme je nach Deutung entweder das Ergebnis des taktischen Kalküls eines gewieften Politikers sein oder die naive Verkennung der Machtverhältnisse durch ein politisches Greenhorn darstellen, dessen gut gemeinter Vorschlag am Widerstand der Unternehmerklasse scheitern muss.

Die Funktionen des Wohlfahrtsstaats fasst O'Connor in zwei (fiskalische) Kategorien: Neben den genannten sozialen Unkosten zur Erfüllung der Legitimationsfunktion wird für die Sicherstellung der Kapitalakkumulation Sozialkapital investiert. Genauer (a) erhöhen Sozialinvestitionen die Profitrate, indem sie die (im weitesten Sinne) Infrastruktur für die Produktion bereitstellen und in Bildung, Forschung und Entwicklung investieren (vgl. a.a.O.: 125); (b) verringert die soziale Konsumtion die

Reproduktionskosten der Arbeitskraft, einerseits durch den Unterhalt von Versorgungseinrichtungen und Projekten, die den Trägern der Arbeitskraft zu gute kommen sollen, andererseits durch die Abmilderung von Risiken durch das Versicherungssystem (vgl. a.a.O.: 150). O'Connor präzisiert somit die relativ theoretischen Konzepte von Müller/Neusüß und Offe – und macht die gelegentlich befremdlich erscheinende marxistische Theorie für die Moderne handhabbar.

2.3 Zusammenfassung

In diesem Abschnitt wurden die unterschiedlichen Erklärungslogiken aufgezeigt, die historischen und analytischen Schwerpunkte deutlich gemacht und, wo dies möglich war, wesentliche Unterschiede aufgezeigt. Es überwogen dabei bewusst die sozioökonomischen Erklärungen (auch marxistischer Ausrichtung), was angesichts ihrer Fülle innerhalb des funktionalistischen Theoriespektrums und des nun folgenden Abschnittes nicht verwundern muss. Historisch betrachtet nahmen die Ansätze von Achinger, Wilensky/Lebeaux und (mit Abstrichen) Flora ihren Anfang bei der Industriellen Revolution,¹⁵ analytisch sind die Unterscheidungen zwischen den Versorgungssystemen im Anschluss an Polanyi und die ausgemachten funktionalen Defizite, die den Wohlfahrtsstaat notwendig machen von Bedeutung für den nun folgenden zweiten Teil der Arbeit.

3. Globalisierung – Herausforderung des 21. Jahrhunderts

Eine methodische Vorgehensweise, die für funktionale Ansätze aller Richtungen festzustellen ist und sehr an Durkheim erinnert, ist die Festlegung eines gleichgewichtigen (stabilen) Zustands, von dem aus Abweichungen als diese Stabilität gefährdenden Momente ersichtlich werden. Diese dysfunktionalen (bei Durkheim

¹⁵ Für die marxistische Theorieschule wurde aus Platzgründen die historische Perspektive weggelassen. Selbstverständlich sieht Marx im Aufkommen der „großen Industrie“, in der die Manufakturen durch Fabriken verdrängt werden, eine Vergrößerung des Elends und des Widerspruchs zwischen Produktivkraft und Produktionsverhältnissen (bemerkenswert sind die Studien seines engen Freundes und Mitstreiters Friedrich Engels zur Lage der Arbeiter in England). Die ursächliche Entstehung dieses Konflikts zwischen Arbeit und Kapital, die „sogenannte ursprüngliche Akkumulation“ reicht aber weiter zurück (nachzulesen im Kapital, 1. Band; MEW 23: 741ff.).

pathologischen) Momente führen so zu Krisenerscheinungen, deren Lösungsmechanismen zu einem neuen Gleichgewicht keineswegs eindeutig und generell beschrieben wurden.¹⁶ Dennoch lässt sich aus den Ansätzen ein Zyklus ablesen, in dem auf einen stabilen Zustand eine Krise als wachsende Instabilität der bisherigen sozialen Ordnung folgt und neue Funktionen ausgebildet werden, die wiederum einen neuen stabilen Zustand schaffen.¹⁷

Für den Einstieg in diese Arbeit wurde bewusst ein historischer Zugang gewählt und die Industrialisierung als Störung bisheriger Lebensgewohnheiten und Versorgungsnetze ausgeführt. Auf diesen krisenhaften Zustand war, so das Argument der sozioökonomischen Schule, die Wohlfahrtsstaatlichkeit eine angemessene neue Instanz, die die brachliegende Funktion der Gewährung sozialer Sicherheit aufnimmt und durch die Angleichung der Lebensverhältnisse zu einer stabilen Sozialordnung beiträgt. Doch lässt sich dieser stabile Zustand historisch vorfinden?

3.1 Segensreiche Zeiten

Für eine Reihe von Autoren kann für das Europa der Nachkriegsjahre eine in hohem Grade stabile Verfassung im Zusammenwirken von Wirtschaft, Politik und Gesellschaft attestiert werden. Im restaurierten Kontinentaleuropa konnte man das Emporkommen einer neuen Form der Wirtschafts- und Sozialpolitik feststellen, die nicht unwesentlich auf der Erfahrung der wirtschaftlich durchwachsenen 20er-Jahre basiert und die legitimierende Wirkung einer systematischen Sozialversorgung für die noch junge deutsche Demokratie zu nutzen wusste.

Wo auch immer sich ein Wohlfahrtsstaat herausbilden konnte war klar, dass dieser mit der Wirtschaftspolitik zusammengedacht werden musste. Sucht man nach einer ökonomischen Theorie, die über den Tellerrand der bisherigen neoklassischen Lehre

¹⁶ Vgl. besonders die Dahrendorf'sche Kritik des sozialen Wandels in der strukturell-funktionalen Theorie, wie sie besonders von Parsons vorgebracht wurde (Dahrendorf 1969: 111f.).

¹⁷ Abgesehen vom historischen Materialismus Karl Marx' erfolgt bei den genannten Autoren keineswegs eine systematische Einbettung der Erklärungsansätze in generelle Modelle des sozialen Wandels. Der Autor möchte betonen, dass die Vorstellung der zyklischen Abfolge an dieser Stelle operational erschien. Zur Kritik der Vorstellung, dass adäquate Funktionen, die auf systemische Instabilität reagieren, quasi von selbst ausgebildet werden (getreu dem Motto, jeder Topf hat seinen Deckel, so hat jede Krise seinen Lösungsmechanismus), siehe in den Schlussbemerkungen.

hinausblicken und soziale Kontexte mit einbeziehen kann, wird man bei Sir John Maynard Keynes fündig. Der feste Glaube an staatliche Regulation und Konjunktursteuerung durch antizyklische Maßnahmen konnte mit der Finanzierung eines breit aufgestellten Wohlfahrtsstaats gepaart werden. Zumindest das Wirtschaftssystem des Rheinischen Kapitalismus stand für die Einhegung des Kapitals, der Besteuerung auch hoher Vermögen und für einen „institutionalisierten Klassenkampf“ in Form der industriellen Beziehung zwischen Unternehmern und ihren Arbeitnehmern.¹⁸

In vielen Ländern konnten neben den wirtschaftspolitischen Interventionen des Staates, wie die Schaffung von Wachstum und Vollbeschäftigung, auch sozialpolitische Projekte, etwa die Institutionalisierung und Aufrechterhaltung des Versicherungssystems und die Zahlung von sozialen Transferleistungen, wirksam werden. Die relativ geschlossenen Volkswirtschaften schufen die Chance einer gewissen Kontrolle über die inländischen ökonomischen Tätigkeiten, etwa der Kapitalflüsse und der Marktstrategien der Unternehmer (etwa die Verhinderung von Kartellen und Monopolen). Auch internationale Abkommen stützten die Wirksamkeit nationalstaatlicher Politik, wobei die festen Wechselkurse der Landeswährungen durch das Bretton-Woods-System eine ausufernde Devisenspekulation auf den Finanzmärkten vermied (vgl. Mishra 2000; Blyth 2002).

Nun lässt sich keineswegs von völlig nationalstaatlichen, nach außen hin abgeschotteten Volkswirtschaften sprechen – zwar gab es schon immer, wenn auch in unterschiedlichem Maße, Außenhandelsbeziehungen und globale Finanzaktivitäten¹⁹, ebenso auch in den Nachkriegsjahren. Florierende Großunternehmen exportierten auch damals schon Waren in das nahe und ferne Ausland und ließen teilweise auch dort produzieren.²⁰ Ihren Hauptsitz behielten sie allerdings in den Industrienationen, wo sie

¹⁸ „Die systemische Großtat des ‚keynesianischen‘ Sozialstaats war es, die antagonistischen und daher tendenziell konfliktreichen, durch die Organisationen von Kapital und Arbeit vertretenen Logiken der Gestaltung des gesellschaftlichen Produktionsprozesses vermittelnd in sich aufzunehmen – oder diese jedenfalls als miteinander kompatibel erscheinen zu lassen.“ (Lessenich 2009: 61)

¹⁹ Man erinnere sich nur etwa an den „Schwarzen Donnerstag“ am 24. Oktober 1929, dessen erschütterndes Beben von den Vereinigten Staaten ausgehend binnen weniger Stunden auch in Kontinentaleuropa zu spüren war.

²⁰ Ein bekanntes Beispiel ist die Produktion des VW Käfers ab 1967 im mexikanischen Puebla.

mit der dortigen Beschäftigung und dem Gewerbe auch das Wohlfahrtssystem finanzierten.

Zentral für die vorliegende Arbeit ist die enge Verwobenheit des auf einem eingebetteten Markt geschaffenen Wohlstandes mit der Finanzierung der redistributiven Instanz, dem Wohlfahrtsstaat: „It is this structural dependence of the welfare state on a relatively closed economy that is the crucial issue. More particularly, until the 1970s all Western countries had strict control over capital movement and exchange rates were fixed” (Mishra 2000: 5). Die Einbettung der Marktwirtschaft durch ein institutionelles Arrangement des Staates und die Ergänzung um den Wohlfahrtsstaat waren die Garanten für soziale Sicherheit und Wohlstand, ohne dass der von Ökonomen gerne ins Feld geführte *trade-off* zwischen Wachstum und Gerechtigkeit gewichtig wäre.²¹

Als Mitglied der Gesellschaft konnte man sich somit zweifach gegen die Unwägbarkeiten des Lebens geschützt fühlen. Einerseits waren die Arbeitsbedingungen relativ stabil und die Aushandlung von Tarifverträgen durch die Interessenverbände sicherte ein gutes Einkommen. Mit diesem Einkommen konnten auch die direkten Verwandten versorgt werden. Um mit den bereits bekannten Begrifflichkeiten zu sprechen, der befriedete Markt ermöglichte ein stabiles Einkommen, welches die innerfamiliäre Reziprozität aufrecht erhielt.

Im Falle des Ausscheidens aus dem Erwerbsleben setzt die Sicherung des Wohlfahrtsstaates ein, welches durch Transfer- und Versicherungsleistungen in dieser Hinsicht dem Markt subsidiär ist. Die Herkunft der Mittel ist zwar ähnlich, denn bei der Redistribution fließen die Mittel auch aus dem Markt (allerdings nicht nur aus dem Arbeitsmarkt), dafür wird zwar keine Produktivität erbracht, jedoch (und das erfreut auch manchen Ökonomen) die Binnennachfrage nach Konsumgütern gestärkt.

²¹ Sicherlich ist die Kritik mancher Sozialstaats skeptiker und Ökonomen teilweise berechtigt, wonach unter einer Phase der Expansion eine großzügige Umverteilung des Sozialprodukts gut möglich ist, während in einer Rezession die finanziellen Mittel für die Erhaltung eines ausgedehnten Wohlfahrtsstaates fehlen. Nun ist es aber die Sache der richtigen Wirtschaftspolitik ob in Krisenzeiten genügend Mittel zur Verfügung stehen. Staatlichen Investitionen zur Genesung der Volkswirtschaft (man sieht es an der aktuellen Krise) muss eine ebenso konsequente höhere Belastung der Unternehmen in Phasen der Prosperität gegenüberstehen. Sich hingegen in Krisenzeiten auf Keynes zu besinnen, um dann wieder auf Friedman umzuschwenken und den Rückzug des Staates anzuordnen, zeugt keineswegs von einer konsequenten Politik.

3.2 Die Logik der Globalisierung

Auf diesen recht stabilen Zustand folgt nun wiederum ein historischer Bruch, dessen Startpunkt in den 90er-Jahren des letzten Jahrhunderts gesehen wird und der in die Gegenwart weiterreicht. Der Begriff Globalisierung hat sich für eine besonders im ökonomischen Bereich zu beobachtende weitreichende Vernetzung von Handels- und Kapitalströmen, Kommunikations- und Transportwegen durchgesetzt, die eine zunehmende Standortunabhängigkeit von Unternehmen und Investmentkapital impliziert. In dieser Definition reicht die Globalisierung demnach über die bloße Internationalisierung früherer Tage hinaus (vgl. Mishra 2000: 4) und deutet auf grundlegendere Veränderungen in der Weltwirtschaft mit weitreicheren Folgen für die Nationalstaaten hin²².

Ein wesentlicher Auslöser war neben dem Zusammenbruch des sozialistischen Alternativmodells zum Kapitalismus (a.a.O.: 1ff.) die schon frühe Abschaffung des Bretton-Woods-Systems im Jahre 1973. Infolge der Bindung an den US-Dollar als Leitwährung und der inflationären Politik des Präsidenten Roosevelt zur Finanzierung des Vietnamkriegs wurde das System soweit eingeweicht, dass in Europa Spekulationen gegen den US-Dollar einsetzten und Roosevelt 1971 die Golddeckung beendete (vgl. Blyth 2002; zur Definition das Wirtschaftslexikon von Happe et al. 2009: 70). Schließlich entschied man sich, diese supranationale Institution abzuschaffen, behielt aber die dafür gegründeten Organisationen des Internationalen Währungsfonds (IMF) und der Weltbank bei. Ihnen sollte später noch eine bedeutende Rolle zukommen.

Wie die von MARK BLYTH aufgestellte These des „Disembedding Liberalism“ weiterhin zeigt, wendete sich die amerikanische Elite aus Politik und Ökonomie gegen den eingeschlagenen Weg der Marktkontrolle im Sinne einer keynesianistischen Wirtschaftspolitik. Der Monetarismus, eine angebotsorientierte Schule mit ihrem zentralen Vertreter Milton Friedman, gewinnt an Durchschlagskraft und basiert auf dem Glauben, dass der Privatwirtschaft freie Hand gelassen werden muss, während die

²² Der hier vorgestellte Ansatz von Ramesh Mishra (nachzulesen in „Globalization and the Welfare State“, Mishra 2000) geht von einem Idealbild aus, indem es die Logik der Globalisierung nachzeichnen, die Einflüsse auf die Sozialpolitik aufzeichnen und aufgrund empirischen Materials die einzelnen Thesen dieser Logik überprüfen möchte (a.a.O.: 15f., aufgelistet im Anhang).

Zentralbanken zur Vermeidung von Inflation die Geldmenge regulieren. Während Polanyi noch von einer Einbettung wirtschaftlichen Handelns durch nationalstaatliche Regulierung und Rückbindung an Sozialbeziehungen ausgeht, bemühen sich die Verfechter des Freihandels um eine Loslösung von institutionalisierten Schranken und Abkommen (vgl. a.a.O.: 139ff.).

Von der neugewonnenen Freiheit variabler Wechselkurse wird nun auch das globale Finanzsystem in stärkerem Umfang Schauplatz von Spekulationen mit Devisen. Investitionen orientieren sich nicht mehr allein auf die Zukunftsaussichten des Unternehmens, in dessen Aktien sie ihr Geld anlegen, nun ist auch die Währung von großem Interesse. Die nationalstaatliche Kontrolle über diese Kapitalströme geht zunehmend verloren und die Staaten sehen sich nun in die Lage versetzt, selbst um Investoren zu buhlen (Mishra 2000: 7).

RAMESH MISHRA sieht in diesem Wettbewerb zwischen den Nationalstaaten eine Begrenzung der Fähigkeiten der nationalen Regierung, Konjunkturpolitik zu betreiben (a.a.O.:94f.). Mögliche Belastungen der Investoren und Unternehmen (etwa durch die Gewerbesteuer oder Transaktionssteuern) führen, gemäß der als „Standortargument“ bekannt gewordenen Meinung, zu einem Rückzug der Kapitalgeber und der Verlagerung von Produktionsstandorten in das Ausland. Schließlich haben die großen Unternehmen des 21. Jahrhunderts keinen zentralen Standort mehr, an dem Produktion und Verwaltung zusammenfallen. Stattdessen vereinen die multinationalen Konzerne mehrere Marken in sich und die Standorte sind auf der ganzen Welt zu finden.

Die Standortwahl unterliegt dem Kalkül der Kostenkalkulation, somit wird es immer schwerer, das inzwischen globale Kapital zu belasten. Ein Dilemma für den Staat, da Mehrbelastungen Investitionen und damit ökonomisches Wachstum gefährden, andererseits eine Entlastung zu Einnahmeausfällen führt. Mit der Benennung des Defizit- und Schuldenabbaus als Kernziele staatlicher Politik richtet man sich zumindest nach den Vorgaben des EU-Stabilitätspaktes und internationaler Regierungsorganisationen sowie den Bewertungen der Rating-Agenturen. Doch gerät die Fiskalpolitik damit in die Zwangslage, den Rotstift an öffentlichen Ausgaben anlegen zu müssen, sodass der Abbau sozialstaatlicher Leistungen vorangetrieben wird (a.a.O.:36ff.).

Die Globalisierung drückt neben dem Staat auch dem Arbeitsmarkt und den Betrieben ihren Stempel auf. Die Forderung nach größerer Flexibilität, der Anpassung an ausdifferenzierte postfordistische Betriebsformen und die verstärkte Einführung dezentraler, betrieblicher Verträge anstelle von Flächentarifverträgen, sind die Ursache für prekäre Arbeitsverhältnisse, wachsende Lohndifferenzierung und ungleiche Arbeitsbedingungen. Zwar entkräftet Mishra dieses Argument, indem er auf die vielen anderen bedeutsamen Faktoren bei der Wahl eines Produktionsstandortes verweist (wesentlich ist eine hohe Produktivität, dann seien höhere Löhne auch angemessen) und die Marktnähe besonders die Dienstleistungsbranche am Abwandern hindert (a.a.O.: 27f.), doch kann für die weitere Entwicklung dieses Prozesses nicht viel gesagt werden.

Für die Betriebe bedeutet die Globalisierung im Wesentlichen, dass das Kapital nun im Gegensatz zur standortgebundenen Arbeitskraft nicht nur mobil (das war es innerhalb der Grenzen schon immer) sondern nun auch global aktiv ist. Die naheliegende Folge ist eine Verschiebung der Machtbalance zugunsten des Kapitals und die Schwächung der Grundlagen der Sozialpartnerschaft. Auch hier weist Mishra darauf hin, dass die erste Feststellung durchaus seine Berechtigung hat, allerdings der Nutzen der Sozialpartnerschaft für das Kapital unterschätzt wird: Die Vorteile einer stabilen Infrastruktur und Wirtschaftsregion bringt es mit sich, gut mit der Belegschaft auskommen zu müssen. Zudem hält in Phasen der Neuorientierung und bei der Einführung neuer Innovationen auf den Markt eine konsensbasierte Planbarkeit die Kosten in Schach (vgl. a.a.O.: 101).²³

Letztendlich kann noch die politisch-diskursive Dimension angesprochen werden. Hier wird der Eindruck erweckt, es handle sich bei der Logik der Globalisierung um einen schicksalhaften, fast schon mystischen Prozess, der zwar den Regierungen nicht das Instrumentarium an Maßnahmen nimmt, jedoch ihre falsche Anwendung heftige Sanktionen unvorhersehbaren Ausmaßes auslöst. Das Damoklesschwert negativer

²³ Ein aktueller Befund zur Lage der betrieblichen Mitbestimmung in der Automobilindustrie findet sich bei Haipeter (2009). Er stellt besonders die bereits angesprochene Tendenz fest, wonach es zu einer „Verbetrieblichung“ der Tarifvereinbarungen und einem Anstieg an Sondervereinbarungen in dieser Branche kommt.

ökonomischer Konsequenzen hänge über dem Primat der Politik, dessen Hände nicht nur in der Wohlfahrtsstaatlichkeit gebunden sind.²⁴

Ich möchte mich im Folgenden mit der eben beschriebenen Logik der Globalisierung als eine in zugespitzter Form dargestellten „Tatsache“ auseinandersetzen und in den Rahmen einer funktionalen Logik der Erklärung setzen. Dazu sollen die genannten Effekte auf den Wohlfahrtsstaat und die Bedeutung für die soziale Sicherheit der Gesellschaftsmitglieder systematisch erfasst werden.

3.3 Der Wohlfahrtsstaat in seiner größten Krise?

Wenn von der zyklischen Abfolge von Gleichgewichtszuständen und Krisen ausgegangen wird, stellt die Globalisierung sicherlich eine solche Krise dar. Sie gefährdet die bisherigen Mechanismen der sozialen Sicherung auf zweifache Weise: Zum einen erschwert sie den Zugang zum Arbeitsmarkt und wirkt direkt auf das Beschäftigungsverhältnis in Form einer steigenden Ungewissheit über den Verbleib im Erwerbsleben und geringer Löhne. Neben dieser sog. Prekarisierung der Arbeitsverhältnisse setzt sie zum anderen die Nationalstaaten unter einen Kostensenkungsdruck, der in einem Rückgang an wohlfahrtsstaatlichen Leistungen zum Ausdruck kommt.

Sofern die Logik der Globalisierung zur objektiven Tatsache wird (dies soll an dieser Stelle explizit vorausgesetzt werden), müssen sich die Krisenerscheinungen aus dem stabilen Modell der „Goldenen Jahre“ heraus entwickelt haben. Der gerade dargelegte Exkurs legt nahe, dass die neuen Umstände exogen aus dem Zusammenbruch des

²⁴ Mishra spricht hier davon, dass drei Logiken in Konflikt geraten: Die Logik der Globalisierung unterminiert die Logik der nationalen Gemeinschaft und der demokratischen Politik: „Today we are faced with a situation where national economies have become far more open and internationalized, but the site for democratic regulation of economic activity remains the nation state. (...) Thus there is an inevitable conflict between the demands of a globalizing process seeking to establish (in the ideal-typical sense) universal laissez-faire with scant regard for its social and human (including environmental) consequences, and the democratic nation state with its mandate of collective responsibility for the well-being of the national community, a mandate largely institutionalized through systems of social protection.“ (Mishra 2000: 106, Hervorhebung im Original, Fußnote hier weggelassen)

sozialistischen Alternativmodells und endogen aus einer Entbettung des ökonomischen Systems durch Maßnahmen des politischen Systems resultieren.

Nun gilt es aber an dieser Stelle eine geographische Dimension mit einzubeziehen: Es muss betrachtet werden, inwieweit die jeweiligen Funktionen von der Lokalität der aufeinander bezogenen ges. Subsysteme abhängen. Man kann feststellen, dass der Abbau von Handelshemmnissen, der auf Initiativen des politischen Systems zurückgeht, zu einer Loslösung des ökonomischen Systems von lokalen Standorten, im Sinne einer Entgrenzung von nationalen Schranken geführt hat. Dieser Sachverhalt ist sicherlich unbestritten.

Während es auf dem Globus lediglich noch nationalstaatliche Enklaven gibt, in die der Weltmarkt noch nicht vordringen konnte, stößt das System der sozialen Gemeinschaft an regionale Grenzen. Die schlichte Tatsache, dass Arbeitskraft an den Menschen gebunden ist und dieser in einer besonders kulturell umgrenzten Gemeinschaft aufwächst und lebt, macht deutlich, dass hier eine enge Bindung an eine Region besteht. Es ist trotz der fortgeschrittenen und immer noch fortschreitenden kommunikativen Vernetzung (ebenso ein Aspekt der Globalisierung als universaler Prozess) einfach nicht möglich, sich eine Person ohne jegliche soziale Bindungen an eine Region und der Sehnsucht nach einem festen Wohnort vorzustellen. Als Arbeitskraft, und damit als Teil der ökonomischen Wertschöpfung, ist damit auch die feste Verankerung des Arbeitsmarktes innerhalb nationalstaatlicher Grenzen festzustellen:²⁵ „[...] people have to live and survive locally. Indeed, human communities are defined above all by language and culture and are thus rooted in a place – a geographic location. Economies have gone global, but societies and communities remain national.” (a.a.O.: 116)

Wie steht es nun um das politische System? Festzustellen ist hier, dass die Nationalstaaten per Definition auf ihr geographisches Territorium beschränkt sind, es aber in den letzten Jahrzehnten zur verstärkten Zusammenarbeit der Regierungen auf internationaler Ebene kam. Kennzeichnend dafür sind auch die vielen supranationalen Organisationen im wirtschafts- und entwicklungspolitischen Bereich, so die OECD und

²⁵ Es wäre dennoch angebrachter, von vielen z.T. stark regionalisierten Arbeitsmärkten zu sprechen. Die „Situation auf dem deutschen Arbeitsmarkt“ entspricht eher einer analytischen Kategorisierung, als dass damit der Bezug der Erwerbstätigen zu ihrem Wohnort direkt angesprochen wird.

der Internationale Währungsfonds (beide Überbleibsel des Bretton-Woods-System), die Welthandelsorganisation, die Weltbank und die Europäische Union.

Unverkennbar bleiben aber wesentliche Aufgaben der Finanz- und Steuerpolitik, ebenso wie der wohlfahrtsstaatlichen Politik in den Händen der Nationalstaaten. Diese weisen mit ihrem Handlungsraum folglich nur geringfügig vermittels des Konsenses mit anderen Nationalstaaten über ihre geopolitischen Grenzen hinaus. Die Installation fester internationaler Regime ist zwar in verschiedenen Politikfeldern beobachtbar (so etwa das Klimaabkommen von Kyoto oder die Genfer Flüchtlingskonvention), jedoch bleiben diese zumeist unverbindlich.

Im historischen Rückblick ließ sich bei den sozialökonomischen Ansätzen von Wilensky/Lebeaux und Achinger ein durch die Industrialisierung wesentlich bedingtes Funktionsvakuum in der Versorgung der Gesellschaftsmitglieder ausmachen. Zur Erinnerung: der bisherigen weitgehend autarken Versorgung der Familie und der Dorfgemeinschaft wurde erst die Grundlage genommen (Trennung von Arbeitskraft und Produktionsmittel/Boden), woraufhin die jüngere Generation in der Stadt versuchte, in Fabriken anzuheuern, auf Gedeih und Verderb den schlechten Löhnen und Arbeitsbedingungen ausgesetzt. Nun konnte der Wohlfahrtsstaat seine Tätigkeit als eine dem Markt entgegengebrachte Sicherungsinstanz hergeleitet werden.

Welche Aspekte gleichen sich – kann man sinnvollerweise von einer Wiederkehr jener prekären Arbeitsverhältnisse sprechen, wobei man nunmehr von Globalisierung statt von der Industrialisierung spricht? Manche alltäglichen Beobachtungen mögen dafür sprechen, dass das Markteinkommen keineswegs mehr sicher zu sein scheint und das Risiko der Arbeitslosigkeit wieder gestiegen ist. In Analogie zur Phase der Hochindustrialisierung kann im Sinne der Globalisierungslogik von einem Wettbewerb der Arbeitskräfte um das niedrigste Einkommen ausgemacht werden. Jedoch trägt die heutige Situation viele wesentlich andere Züge.

Zum einen bleibt es fraglich, inwieweit heute von einer hire-and-fire-Strategie der Arbeitgeber gesprochen werden kann. Eine größere Ungewissheit um die Versorgung durch Markteinkommen als noch in den prosperierenden Jahren der Nachkriegszeit ist aber festzustellen. Zum anderen ist bereits der Wohlfahrtsstaat für diejenigen eingerichtet, die nicht (mehr) am Arbeitsmarkt partizipieren. Wie bereits beschrieben

unterliegt auch er einem Kostensenkungsdruck. Analog geht damit auch eine größere Ungewissheit um die ausreichende Versorgung durch soziale Transferleistungen einher.

Schlussendlich ist diese doppelte Ungewissheit das prägende Markenzeichen der Situation des Wohlfahrtsstaates im Zeitalter der Globalisierung. Sowohl die primäre Versorgung durch Erwerbstätigkeit (als Tauschbeziehung auf dem Markt), als auch die sekundäre Versorgung des Wohlfahrtsstaates haben in ihrer Verlässlichkeit als Versorgungsinstanzen abgenommen. Anders als auf dem Arbeitsmarkt ist ein Verlust des Anspruches auf Versorgung im Wohlfahrtsstaat aber nicht möglich: Die Möglichkeit, innerhalb kurzer Zeit seinen Arbeitsplatz zu verlieren und so aus dem Erwerbsleben auszuscheiden, macht den Markt weniger berechenbar als den Wohlfahrtsstaat.

Aus einer sozioökonomischen Perspektive entstehen mit der Globalisierung neue Risikolagen, die aber anders beschaffen sind als noch zur Zeit der Industrialisierung. Während in vorindustriellen Gesellschaften die Familie die primäre Versorgungsinstanz war, ist es seitdem der Arbeitsmarkt. Dahinter, sozusagen als sekundäre Instanz, steht der Wohlfahrtsstaat. Daran hat sich nichts geändert, lediglich an der Ausgestaltung der beiden Instanzen. Wurden den Funktionsvakui der Industrialisierung mit der Schaffung ebendieses Wohlfahrtsstaates begegnet, bedarf es heute der Analyse der Funktionsdefizite *innerhalb* der zwei Versorgungssysteme.

Weitergehend ist die Betrachtung des politischen Systems zentral, denn die entstandenen funktionalen Probleme basieren, folgt man der Logik der Globalisierung, auf veränderten politischen Rahmenbedingungen. Die eben angesprochene territoriale Begrenztheit des Nationalstaats erschwert eine Politik, deren Ziel es ist, das ansässige Kapital und die Unternehmen zu belasten und die eigene Volkswirtschaft zu regulieren. Die Politik mag selbst zur Entgrenzung der lokalen Märkte beigetragen haben, nun muss sie sich den Vorwurf des „Protektionismus“ gefallen lassen, um dem Kapital zumindest im Ansatz Herr zu werden.²⁶

²⁶ Ein Dossier zur Geschichte und Gegenwart des Protektionismus findet sich in der deutschen Ausgabe von *Le Monde Diplomatique*, März 2009, 6-9. Hier wird festgestellt, dass der Protektionismus zu verschiedenen Zeitpunkten der Geschichte eine wesentliche Stütze der Volkswirtschaften und Freihandel eine Ausnahmeerscheinung war.

Die vielen Variablen, die Flora in sein Modell einbringt, kommen diesem auch im Falle der Globalisierung zugute. Die sozioökonomische Entwicklung schreitet voran und anstelle der Industrialisierung und Urbanisierung ist es nun die Globalisierung, die ihre Wirkung entfaltet und einen Druck auf die bürokratisch verfassten Nationalstaaten ausübt. An der zweiten Dimension der politischen Mobilisierung muss man nichts verändern, denn der Mechanismus der Problemwahrnehmung ist inhaltlich nicht festgelegt. Es wird so auch hier ein Gegendruck erzeugt, der auf eine Lösung der neuen Probleme drängt.

In das Konzept der Modernisierung als einen übergreifenden Prozess der Ausdifferenzierung kann auch die Globalisierung eingefasst werden. Das ökonomische System gewinnt an Eigenständigkeit und verliert an Beschränkungen. Daraufhin entstehen Defizite, die erkannt und thematisiert werden. Insofern ist Floras Modell sehr nützlich und nimmt zugleich Abstand von normativen Beschreibungen von Lösungsmechanismen.

Für die neomarxistische Schule fügt sich die Logik der Globalisierung weitgehend nahtlos in die Logik des Kapitalismus ein. Zwar wird man bei Karl Marx keineswegs direkt fündig, wenn es um den Wohlfahrtsstaat geht, ebenso sind institutionalisierte Mitbestimmungsformen nirgendwo in seinen Werken zu finden. Das ist selbstverständlich dem Umstand zu verdanken, dass es zu Lebzeiten Marx' diese Momente noch nicht gab und es ohnehin keinen Kompromiss zwischen Arbeit und Kapital geben kann. Die Neomarxisten haben, wie man sehen konnte, die Logik des Kapitalismus weitergestrickt und die Wohlfahrtsstaatlichkeit in das theoretische Konzept mit aufgenommen. Freilich mit der Überzeugung, dass es eine grundlegende Machtasymmetrie zwischen Kapital und Arbeit gibt und durch jene neuen Institutionen nur der Schein einer Balance erzeugt werden soll.

Die Logik des Kapitalismus impliziert (dieser Aspekt ist wiederum schon bei Marx zu finden), dass das Kapital nicht an den nationalstaatlichen Schranken halt macht und sich auf der Suche nach immer neuen Märkten über den gesamten Globus erstreckt²⁷.

²⁷ Der Wortlaut aus dem Kommunistischen Manifest von 1848: „Das Bedürfnis nach einem stets ausgedehnteren Absatz für ihre Produkte jagt die Bourgeoisie über die ganze Erdkugel. Überall muß sie sich einnisten, überall anbauen, überall Verbindungen herstellen. Die Bourgeoisie hat durch ihre Exploitation des Weltmarkts die Produktion und Konsumtion aller Länder kosmopolitisch gestaltet.

Dies ist die Situation, wie sie sich heute darstellt – so gesehen ist Marx' Analyse des Kapitals erstaunlich weitsichtig. Auch an anderer Stelle sah Marx die Bedeutung des Freihandels einem globalen Kapitalismus: „Um zusammenzufassen: Was ist also unter dem heutigen Gesellschaftszustand der Freihandel? Die Freiheit des Kapitals. Habt ihr die paar nationalen Schranken, die noch die freie Entwicklung des Kapitals einengen, eingerissen, so habt ihr lediglich seine Tätigkeit völlig entfesselt.“ (MEW 4: 455)

Mit dem Freihandel, der hauptsächlich auf Betreiben der Nationalstaaten erst ermöglicht wurde, ist die Machtasymmetrie zwischen Kapital und Arbeit offenbart. Es mag ein Streitpunkt bleiben, ob die bisherige Sozialpartnerschaft aus Arbeitgebern und Arbeitnehmern tatsächlich einem balancierten Machtverhältnis gleichkam. So würden die Arbeitsschutzgesetze und der Kündigungsschutz wie viele andere Regelungen zu einem Erstarren der Seite der Arbeit geführt haben. Mit der Aufweichung dieser Regelungen, aber auch mit der globalen Standortwahl des mobilen Kapitals, wird der Schein des befriedeten und kompromisshaften Arbeitsverhältnisses aufgehoben. Das Kapital zeigt seine wahre Macht.

Denkt man in marxistischen Kategorien weiter, dann sorgt diese Zuspitzung des Konflikts zwischen Arbeit und Kapital für einen anwachsenden Widerspruch aus Produktivkraft und Produktionsverhältnissen, nun auf globaler Ebene. Da dann das letzte Stadium des Kapitalismus erreicht wäre, scheint der einzige Ausweg eine internationale Revolution zum Sozialismus zu sein – und damit die Errichtung eines ganz neuen Wirtschafts- und Gesellschaftssystems ohne antagonistische Klassengegensätze. In diesem Sinne gewinnen die Schlussworte des Kommunistischen Manifests eine neue Bedeutung.²⁸

Sie hat zum großen Bedauern der Reaktionäre den nationalen Boden der Industrie unter den Füßen weggezogen. Die uralten nationalen Industrien sind vernichtet worden und werden noch täglich vernichtet. Sie werden verdrängt durch neue Industrien, deren Einführung eine Lebensfrage für alle zivilisierten Nationen wird, durch Industrien, die nicht mehr einheimische Rohstoffe, sondern den entlegensten Zonen angehörige Rohstoffe verarbeiten und deren Fabrikate nicht nur im Lande selbst, sondern in allen Weltteilen zugleich verbraucht werden.“ (MEW 4: 465f.)

²⁸ Eine der bekanntesten Textstellen bei Karl Marx: „Proletarier aller Länder, vereinigt Euch!“ (MEW 4: 493)

3.4 *Aussichten – internationale Lösungen für eine neue Stabilität?*

Diese Lösung ist dann die logische Folgerung, wenn die von Marx hervorgebrachte Methode der historischen-materialistischen Dialektik konsequent angewendet wird. Sie trägt aber bei einer nüchternen Betrachtung der Gegenwart recht utopische Züge. Einer pragmatischeren Betrachtungsweise entsprechen da schon andere Vorschläge, die im Gegensatz zu einer völligen Umwälzung des Gesellschaftssystems neue Formen der Wohlfahrtsstaatlichkeit vertreten.

Eine Idee ist die Etablierung von *sozialen Standards* als eine neue universale Zielkategorie. Nach Mishra leidet die von Marshall definierte Kategorie der sozialen Rechte an der relativen Abhängigkeit von ökonomischen Resultaten. Während Bürgerrechte und politische Rechte ihrem Wesen nach prozeduraler Natur sind und klar definiert in die universalen Menschenrechte aufgenommen werden können, geraten soziale Rechte in Konflikt mit den Eigentumsrechten (Mishra 2000: 117). Sie betreffen die Mobilisierung und Redistribution von knappen materiellen Ressourcen, die von Einzelpersonen erwirtschaftet wurden. Die Maxime des Erwerbs von Eigentum durch Leistungserbringung wäre somit verletzt.

Besser wäre es Mishra zufolge, in Begriffen von gemeinschaftlichen Standards zu denken und somit den auf das Individuum zentrierten Fokus, der mit den sozialen Rechten einhergeht, aufzugeben (Mishra 2000: 118f.). Damit gewinnt die soziale Dimension ähnlich der politischen Dimension (mit der Demokratie) ein normatives Konzept, das auf dem Gedanken der Solidarität aufgebaut ist. In Verbindung mit dem ökonomischen Fortschritt können diese minimalen sozialen Standards als Anteil am Pro-Kopf-Einkommen quantifiziert werden. Dieses Modell erinnert an die bereits im politischen Diskurs anzutreffende Forderung nach einem bedingungslosen Grundeinkommen.

Ein ergänzender Lösungsansatz lautet, auch die Politik zu globalisieren. Diese *global governance* müsse dann die Disparitäten zwischen verschiedenen nationalen Volkswirtschaften durch eine gleichmäßige Belastung des globalen Kapitals und der multinationalen Konzerne über nationalstaatliche Grenzen hinweg abbauen. Erstere könnte durch die Besteuerung von Devisentransaktionen (die sog. Tobin-Steuer) in ihrer unbändigen Investitionsfreude gedrosselt werden. Eine Rückkehr zum Bretton-Woods-

System ist schließlich nicht in Sicht. Die großen Weltkonzerne müssten gleichsam in ihrer Standortwahl eine Einschränkung erfahren mit dem Ziel, die Kosten für eine Standortverlagerung höher zu setzen als ihren Nutzen.

Diese Aspekte tangieren direkt die Einnahmeseite der Nationalstaaten, wobei man sich schließlich auf einen Schlüssel für die Verteilung der so gewonnenen Einnahmen auf die Nationalstaaten einigen muss. Wesentlich ist aber, dass es die Autonomie der nationalen Politik stärken und den Druck im Sinne der Logik der Globalisierung hemmen würde. Es gibt bereits supranationale Einrichtungen, die diese Aufgaben bewerkstelligen könnten. Doch die WTO, die Weltbank und der Internationale Währungsfonds haben sich in der Vergangenheit eher als Verfechter des globalen Freihandels gezeigt und dafür gesorgt, dass jegliche Handelsbarrieren abgebaut werden (vgl. Mishra 2000: 122).

Aus funktionaler Sicht könnte also den entstehenden Defiziten der Logik der Globalisierung mit ebenso globaler, supranationaler Politik begegnet werden. Die Logik der Nationalstaaten und der Demokratie würde mit dem ökonomischen System wieder gleichziehen, was die Rückkehr zu einer relativen Balance zwischen Kapital und Arbeit und die Erhaltung der Gestaltungsfähigkeit der Globalisierung durch die Völker bedeuten würde. Die Wohlfahrtsstaatlichkeit würde im Kern erhalten bleiben, die Funktion als Alternative zum Markt kann, wenn auch in etwas anspruchsvollerer Weise, aufrecht erhalten werden. Einzig es fehlt der Konsens zwischen den Nationalstaaten – und so ist die Umsetzung dieser Ideen nur rudimentär festzustellen (etwa in der Diskussion über die Einführung einer Devisentransaktionssteuer auf EU-Ebene).

4. Schlussbemerkungen

Die hier vorgestellten funktionalistischen Ansätze können einerseits als gute Erklärungen angesehen werden, denn schließlich werden bei aller Unterschiedlichkeit die Mechanismen der Erhaltung und Fortentwicklung von Gesellschaftssystemen (bzw. die Mechanismen für deren Transformation) in logischen Zusammenhängen beschrieben. Dennoch bleibt einiges an Kritik an diesen Ansätzen nicht aus. Dieser letzte Abschnitt soll kurz auf einzelne Kritikpunkte eingehen.

Der erste ist wohl zugleich der am häufigsten gegen eine funktionale Makrobetrachtung ins Feld geführte Kritikpunkt: es liegt in der Natur dieser Betrachtungsweise, die konkreten Handlungen einzelner Akteure nahezu auszublenden oder aber zur Voraussetzung zu machen. Dabei wird davon ausgegangen, dass die Eigenschaften von Gesellschaftssystemen nicht auf Einzelhandlungen zurück zuführen sind und das Gesellschaftssystem selbst die Mechanismen ausbildet und den Akteuren nahebringt, die es zur Selbsterhaltung benötigt. In diesem Sinne ist „weniger das Zielgerichtete Handeln historisch-konkreter Akteure als vielmehr die Funktionsbedingungen und Folgewirkungen ‚anonymer‘ makrosozialer Entwicklungstrends“ (Lessenich 2009: 39) für die Entwicklung der Gesellschaft verantwortlich.

Bestimmte Gegebenheiten rufen keineswegs eindeutige Handlungsmuster hervor, somit ist die Einbeziehung von Akteuren und Gruppen wesentlich. So kritisieren Schmidt und Ostheim in diesem Sinne die sozioökonomische Schule und verweisen auf die relative Autonomie der Politik die auf gegebene Problemlagen höchst unterschiedlich reagieren kann, „durch Problembewältigung, Ignoranz oder Repression. Politisches Handeln und Nichthandeln ist allein mit dem Verweis auf sozioökonomische Phänomene nicht hinreichend zu verstehen und zu erklären.“ (Schmidt und Ostheim 2007: 36)

Es wäre aber zu einfach, alle hier vorgestellten Ansätze gleichermaßen mit dieser Kritik zu konfrontieren. Für die marxistische Schule liegt eine gewisse funktionalistische Perspektive zwar in der dialektischen Methode begründet und die Akteure werden zumindest benannt. Auch bei Flora sind diese „anonymen“ Mechanismen zwar eindeutig erkennbar, dennoch sind die Akteure in ihrem Handeln nicht festgelegt. Im Gegenteil ist besonders in diesem Modell (bei Marx mit seiner „Klasse für sich“ übrigens nicht anders) der Aspekt der *Problemwahrnehmung* deutlich erkennbar.

Damit kommt ein zweiter zentraler Kritikpunkt zum Tragen. Wer erkennt die funktionalen Defizite? In den mikrosoziologischen Forschungsansätzen des methodologischen Individualismus ist dies zweifellos der Akteur, der sein Handeln nach der Wahrnehmung der Situation ausrichtet. In den strengen funktionalistischen Ansätzen scheint es der Wissenschaftler selbst zu sein, der im Nachhinein Funktionsdefizite ausfindig macht und die Ausbildung bestimmter Funktionen als notwendig zur deren Lösung zu erklären versucht. Das Problem solcher nachgereichten Erklärungen ist, dass sie nur die Mechanismen betrachten, aus deren Konsequenz sich tatsächlich ein neues

Gleichgewicht, eine neue Stabilität der sozialen Ordnung konstituiert. Andere, mögliche gegenläufige Prozesse werden dabei außer Acht gelassen (vgl. Jones 1985: 44).

Eine historische Betrachtung verhindert so eine Überprüfbarkeit im Sinne eines kritischen Rationalismus. Besonders die sozioökonomische Schule scheint für diese Kritik angreifbar zu sein. Für den hier angesprochenen Prozess der Industrialisierung gilt schließlich die wenig überprüfbare nachgereichte Erklärung. Der Weg der Falsifikation besteht sodann nur in der Betätigung als Historiker, d.h. durch die Aufdeckung und Einordnung neuer, dieser Ansicht widersprechender Quellen.

Der Parallelismus von Industrialisierung und Globalisierung ist daher methodisch nicht angebracht, da die Globalisierung einen andauernden Prozess darstellt und Funktionsvakui nur vermutet werden können. Dies geschah, wie man sehen konnte, durch die Anwendung eines gedanklichen Konstrukts, der Logik der Globalisierung. Welche Auswege aus den entstehenden Defiziten später als funktional betrachtet werden können, müssten so die zukünftigen funktionalistisch orientierten Wissenschaftler im Nachhinein feststellen.

Hätte diese methodische Falle durch die Einordnung in eine generellere Theorie des sozialen Wandel vermieden werden können? Wie es bereits zu Beginn des dritten Abschnittes gezeigt wurde, leiden rein funktionale Ansätze daran, die sozialen Wandlungsprozesse hin zu einem neuen stabilen Zustand nicht richtig erklären zu können. Dies mag das wesentliche Indiz für die nachgereichten Erklärungen sein, denn ein wiederkehrendes Muster für eine sich stets wandelnde Gesellschaft, die damit auch kontinuierlich an ihren Funktionen arbeitet, ist bisher noch nicht erkennbar gewesen. So bleibt es dabei, dass z.B. in der allgemeinen Systemtheorie bei Parsons die essentiellen Funktionen zur Stabilitätserhaltung nur benannt werden, eine Präzisierung bei der Untersuchung von Wandlungsprozessen schwer fällt.

Man muss wohl oder über davon ausgehen, dass es keine konstanten Entwicklungslinien des gesellschaftlichen Prozesses gibt. Lediglich die Modernisierung könnte als ein sehr allgemeiner Prozess diesem Anspruch gerecht werden. Der soziale Wandel in einem marxistischen Sinne ist durch die Methode klar umrissen. Dies unterscheidet den marxistischen Ansatz grundlegend von den anderen Ansätzen. Es gibt historische Entwicklungsgesetze, die sich auf die Produktionsverhältnisse

zurückführen lassen. Allerdings ist dies ein sehr theoretischer Standpunkt, dem häufig eine gewisse Teleologie nachgesagt wurde.

Zurückkommend auf die Gesamtheit an funktionalistischen Perspektiven bleibt festzustellen, dass der Blick stärker auf generelle Resultate fällt und Details weniger berücksichtigt werden. Ein gewisses Maß an Selektion vergisst dabei die Bedeutung von Unterschieden zwischen den einzelnen Gesellschaften. Besonders bei den sozioökonomischen Ansätzen wurden die Entwicklungen der westlichen Welt nachgezeichnet – was eine Übertragung auf andere Weltregionen erschwert (vgl. ebd.).

Für eine Theorie, die die Vergleichbarkeit der Länder gewährleisten soll, müssen die unterschiedlichen Bedingungen in die Untersuchung einfließen. Dies geht nur mit empirischen Studien, wie sie z.B. von Flora und Alber kommen (Flora und Heidenheimer 1981, Alber 1987). Wissenschaftstheoretisch ist Floras Weg weniger bedenklich, da hier mit Hypothesen und empirischer Querschnittvergleiche gearbeitet wird.

Im Anschluss an Esping-Andersen (1998) untersucht die Wohlfahrtsforschung, wie es zu unterschiedlichen Typen des Wohlfahrtsstaates kommen kann. Diese Frage fehlt nahezu völlig, sowohl bei den sozioökonomischen als auch den neomarxistischen Ansätzen. Man kann bei den Autoren zumindest erahnen, dass es sich um einen Wohlfahrtsstaat des sozialdemokratischen Typus (Gewährleistungsstaat) handeln soll. Wenn der Wohlfahrtsstaat aber eine alternative Instanz zum Markt, d.h. die Redistribution alternativ zum Tausch sein soll, wie ist dann zu erklären, dass es auch den inzwischen bedeutsamen Typus des marktnahen Wohlfahrtsstaates gibt?

Ein Wohlfahrtsstaat, der weniger auf Redistribution und stärker auf „Eigenverantwortung“ setzt, dabei private Versicherungen und Vorsorge über Altersfonds u.ä. den klassischen Mechanismen aus dem Goldenen Zeitalter vorzieht. Sollte die funktionalistische Deutung Anwendung finden, müsse eine Erklärung lauten, dass der bewährte funktionale Gewährleistungsstaat zu einem bestimmten Zeitpunkt dysfunktional wurde und ein aktivierender Sozialstaat funktional. Nur mit welcher Begründung sollte eine marktähnliche Institution, die auf dem Ansparen des eigenen Vermögens basiert, eine Alternative zum Arbeitsmarkt darstellen. Ist das Fehlen von

Einkommen oder Vermögen dann selbst nicht wieder Quelle der Desintegration und damit dysfunktional?

Man sieht, wie schwer sich funktionalistische Theorien damit tun, typologische Unterschiede zwischen den Sozialsystemen zu erkennen. Jones redet hierbei von einem „technological determinism“ (ebd.) und beschreibt, wie die Industrialisierung in den Ländern zwar in unterschiedlichen Formen ablief und unterschiedliche Längen aufwies, danach aber ähnlicher werden: „thereafter, as the pressure of fundamentally identical requirements builds up, such societies are bound to become gradually more alike one another over time as they age economically, politically, and demographically.“ (a.a.O.: 45). Dass dies nicht so ist, hätte man durch die Einbeziehung von politischen Trägergruppen und besonderen ökonomischen Lagen feststellen können.

Gerade zum neuen Phänomen der Globalisierung stellt sich die Frage, wie die politischen Akteure damit umgehen. So kann die Wahrnehmung der Globalisierung und der Wohlfahrtsstaatlichkeit nicht völlig ausgeblendet werden. Der Kampf um Deutungshoheit spielt eine zentrale Rolle bei der Bewältigung, aber auch bei der Gestaltung der Globalisierung (Im Artikel von Blyth kommt genau dies bezüglich der Wirtschaftspolitik zum Tragen; Blyth 2002). Des Weiteren können institutionentheoretische Ansätze die Frage klären, inwieweit sich die Reaktionen der Nationalstaaten ähneln und wo es Ansätze für eine globale Regulierung der Weltwirtschaft geben kann und gibt.

Die geringe Zahl an Literatur, in der Globalisierung aus einer funktionalen Perspektive betrachtet wird und zudem empirisch unterlegt ist, muss dennoch nicht mit einem Scheitern dieser Ansätze gleichgesetzt werden. Es bleibt abzuwarten, ob sich in den kommenden Jahren wissenschaftlich fundierte Analysen aus der Soziologie zu den zahlreichen populärliterarischen Werke dazugesellen werden oder ob das Feld der Globalisierungsforschung zur Domäne der Nachbardisziplinen wird.

Anhang

Die Logik der Globalisierung wurde von Ramesh Mishra in seinem Buch „Globalization and the Welfare State“ in sieben Aussagen zusammengefasst (Mishra 2000: 15f.). Im Sinne einer besseren Orientierung, sollen diese Aussagen, die einen Bezug zwischen dem ökonomischen Prozess und der Sozialpolitik herstellen, hier aufgelistet werden:

- „1. Globalization undermines the ability of national governments to pursue the objectives of full employment and economic growth through reflationary policies. 'Keynesianism in one country' ceases to be a viable option.
2. Globalization results in an increasing inequality in wages and working conditions through greater labour market flexibility, a differentiated 'post-Fordist' work-force and decentralized collective bargaining. Global competition and mobility of capital result in 'social dumping' and a downward shift in wages and working conditions.
3. Globalization exerts a downward pressure on Systems of social protection and social expenditure by prioritizing the reduction of deficits and debt and the lowering of taxation as key objectives of state policy.
4. Globalization weakens the ideological underpinnings of social protection, especially that of a national minimum, by undermining national solidarity and legitimating inequality of rewards.
5. Globalization weakens the basis of social partnership and tripartism by shifting the balance of power away from labour and the state and towards capital.
6. Globalization constrains the policy options of nations by virtually excluding left-of-centre approaches. In this sense it spells the 'end of ideology' as far as welfare state policies are concerned.
7. The logic of globalization comes into conflict with the 'logic' of the national Community and democratic politics. Social policy emerges as a major issue of contention between global capitalism and the democratic nation state.”

(Mishra 2000: 15f.)

Literatur

- Achinger, Hans. 1979. Sozialpolitik als Gesellschaftspolitik. Von der Arbeiterfrage zum Wohlfahrtsstaat. Frankfurt/Main: Eigenverlag des Deutschen Vereins für Öffentliche und Private Fürsorge.
- Alber, Jens. 1987. Vom Armenhaus zum Wohlfahrtsstaat. Analysen zur Entwicklung der Sozialversicherung in Westeuropa. 2., durchges. Aufl. Frankfurt/Main: Campus.
- Allmendinger, Jutta, und Wolfgang Ludwig-Mayerhofer, Hrsg. 2000. Soziologie des Sozialstaats. Gesellschaftliche Grundlagen, historische Zusammenhänge und aktuelle Entwicklungstendenzen. Grundagentexte Soziologie. Weinheim: Juventa.
- Blyth, Mark. 2002. Disembedding Liberalism. Ideas to Break a Bargain. In Great Transformations. Economic Ideas and Institutional Change in the Twentieth Century, Hrsg. Mark Blyth, 126-152. Cambridge: University Press.
- Blyth, Mark, Hrsg. 2002. Great Transformations. Economic Ideas and Institutional Change in the Twentieth Century. Cambridge: University Press.
- Dahrendorf, Ralf. 1969. Zu einer Theorie des sozialen Konflikts. In Theorien des sozialen Wandels. Hrsg. Wolfgang Zapf, 108-123. Köln: Kiepenheuer & Witsch.
- Esping-Andersen, Gøsta. 1998. Die drei Welten des Wohlfahrtskapitalismus. Zur Politischen Ökonomie des Wohlfahrtsstaates. In Welten des Wohlfahrtskapitalismus. Der Sozialstaat in vergleichender Perspektive. Theorie und Gesellschaft, Bd. 40, Hrsg. Stephan Lessenich und Ilona Ostner, 19-56. Frankfurt/Main: Campus.
- Flora, Peter, und Jens Alber. 1981. Modernization, Democratization, and the Development of Welfare States in Western Europe. In The development of welfare states in Europe and America, Hrsg. Peter Flora und Arnold J. Heidenheimer, 37-80. New Brunswick: Transaction.
- Flora, Peter, und Arnold J. Heidenheimer, Hrsg. 1981. The development of welfare states in Europe and America. New Brunswick: Transaction.
- Ganßmann, Heiner. 2009. Politische Ökonomie des Sozialstaates. 2. Aufl. Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Görtemaker, Manfred. 1996. Deutschland im 19. Jahrhundert. Entwicklungslinien. 5. durchgesehene Auflage. Opladen: Leske & Budrich.

- Haipeter, Thomas. 2009. Erosion der industriellen Beziehungen? Die Folgen der Globalisierung für das Tarifsysteem und Mitbestimmung in der deutschen Automobilindustrie. In *Abriss, Umbau, Renovierung? Studien zum Wandel des deutschen Kapitalismusmodells*, Hrsg. Steffen Lehndorff, 47-80. Hamburg: VSA.
- Happe, Volker, Gustav Horn, und Kim Otto. 2009. *Das Wirtschaftslexikon*. Bonn: Dietz.
- Jones, Catherine. 1985. *Patterns of Social Policy. An Introduction to Comparative Analysis*: Routledge Kegan & Paul.
- Kaufmann, Franz-Xaver. 1991. *Diskurse über Staatsaufgaben*. MPIFG Discussion Paper 91/5. Köln: Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung.
- Lehndorff, Steffen, Hrsg. 2009. *Abriss, Umbau, Renovierung? Studien zum Wandel des deutschen Kapitalismusmodells*. Hamburg: VSA.
- Lessenich, Stephan. 2000. Soziologische Erklärungsansätze zu Entstehung und Funktion des Sozialstaats. In *Soziologie des Sozialstaats. Gesellschaftliche Grundlagen, historische Zusammenhänge und aktuelle Entwicklungstendenzen. Grundlagentexte Soziologie*, Hrsg. Jutta Allmendinger und Wolfgang Ludwig-Mayerhofer, 39-78. Weinheim: Juventa.
- Lessenich, Stephan. 2009. *Die Neuerfindung des Sozialen. Der Sozialstaat im flexiblen Kapitalismus*. 2. unveränd. Aufl. Bielefeld: Transcript.
- Lessenich, Stephan, und Ilona Ostner, Hrsg. 1998. *Welten des Wohlfahrtskapitalismus. Der Sozialstaat in vergleichender Perspektive. Theorie und Gesellschaft*, Bd. 40. Frankfurt/Main: Campus.
- MEW. Marx-Engels-Werke. Herausgegeben im Institut für Marxismus-Leninismus am ZK der SED. 43 Bände, 4. Auflage, 1961. Berlin: Dietz.
- MEW 4 [1848]: Rede über die Frage des Freihandels. S.444-458. *Sowie Manifest der Kommunistischen Partei* (mit Friedrich Engels). S. 459-493.
 - MEW 23 [1867]: *Das Kapital*, Erster Band.
- Mishra, Ramesh. 2000. *Globalization and the welfare state*. Repr. Cheltenham: Elgar.
- Müller, Wolfgang, und Christel Neusüß. 1971. Die Sozialstaatsillusion und der Widerspruch von Lohnarbeit und Kapital. *PROKLA Sonderheft 1*. 1971, 7-70.
- O'Connor, James. 1974. *Die Finanzkrise des Staates*. Frankfurt/Main: Suhrkamp.
- Offe, Claus. 1975. *Strukturprobleme des kapitalistischen Staates. Aufsätze zur politischen Soziologie*. Frankfurt/Main: Suhrkamp.
- Polanyi, Karl. 1977. *The Great Transformation. Politische und ökonomische Ursprünge von Gesellschaften und Wirtschaftssystemen*. Wien: Europaverlag.

- Schmidt, Manfred G., und Tobias Ostheim. 2007. Die Sozioökonomische Schule. In Der Wohlfahrtsstaat. Eine Einführung in den historischen und internationalen Vergleich, Hrsg. Manfred G. Schmidt, Tobias Ostheim, Nico A. Siegel und Reimut Zohlnhöfer, 20-39. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Schmidt, Manfred G., Tobias Ostheim, Nico A. Siegel, und Reimut Zohlnhöfer, Hrsg. 2007. Der Wohlfahrtsstaat. Eine Einführung in den historischen und internationalen Vergleich. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Wilensky, Harold L, und Charles N. Lebeaux. 1965. Industrial Society and Social Welfare. The impact of industrialization on the supply and organization of social welfare services in the United States. New York: The Free Press.
- Zapf, Wolfgang, Hrsg. 1969. Theorien des sozialen Wandels. Köln: Kiepenheuer & Witsch.